

kino im
kesselhaus

das programm**kino** in kreams

Aktuelle Filmhighlights / Kinderfilme / Schulfestivals /
Filmfrühstücke / Open Air Kino / Spielfilme / Dokumentarfilme /
Filmklassiker / Filmgespräche / Live-Konzerte u. v. m.

kinoimkesselhaus.at

am campus kreams | Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30 | A-3500 Kreams | T. 02732/90 80 00

upgrade

Das Magazin für Wissen und Weiterdenken
der Universität für Weiterbildung-Krems



souverän bleiben

SCHWERPUNKT: DEMOKRATIE & VERTRAUEN

WAS UNSER POLITISCHES SYSTEM HERAUSFORDERT
UND WAS WIR DAZU TUN KÖNNEN

CYBERSECURITY FÜR SMART BUILDINGS

Schützen, was Ihnen wichtig ist – mit unserem holistischen Ansatz.

Die Digitalisierung im Gebäudesektor schreitet stetig voran. Besonders im Hinblick auf Nachhaltigkeit, CO₂-Emissionen und einer hohen Anlagenverfügbarkeit spielen digitale Lösungen wie Datenanalyse oder proaktives Monitoring, Services oder Cloud-Plattformen eine große Rolle. Denn sie decken Energie-Einsparpotenziale auf und sorgen für eine hohe Gebäude-Performance. Je digitaler die Gebäudetechnik wird, desto wichtiger ist das Thema Cybersicherheit. Für Gebäudeeigentümer und -betreiber ist es unumgänglich bei ihrem Smart Building einen ganzheitlichen Cybersecurity-Ansatz zu berücksichtigen. Unsere Cybersecurity-Lösungen umfassen sowohl die Betriebstechnik (OT) als auch die Informationstechnik (IT). Unsere engagierten Expert:innen für Produkt- und Lösungssicherheit schützen Ihre digitalen Assets und kritischen Infrastrukturen über den gesamten Lebenszyklus hinweg – vom anfänglichen Produktdesign, bis hin zur kontinuierlichen Überwachung, Kontrolle und proaktiven Verteidigung, um einen unterbrechungsfreien Betrieb zu gewährleisten.

[siemens.at/cybersecurity](https://www.siemens.at/cybersecurity)



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,



MAG. FRIEDRICH FAULHAMMER

Rektor der Universität
für Weiterbildung Krems



MAG. STEFAN SAGL

Leiter Kommunikation
und Chefredakteur
„upgrade“

Politik bewegt – und ist zugleich in Bewegung, geprägt und herausgefordert durch die Entwicklungen unserer Zeit. Doch genau dafür sind das demokratische Modell, seine Institutionen und Grundsätze der Verfassung idealerweise konzipiert: Sie sollen Stabilität gewährleisten und Orientierung bieten, gerade wenn die Herausforderungen groß sind. Demokratische Prinzipien regeln dabei nicht nur das Zusammenwirken der Staatsgewalten, sondern auch die Freiheiten des Einzelnen gegenüber dem Staat. Entwickelt über Jahrhunderte hinweg und eingebunden in ein internationales Geflecht von Beziehungen, haben sich insbesondere liberale Demokratien als bisher robust und geeignet erwiesen, den politischen Ausgleich der oft widersprüchlichen Interessen der Gesellschaft konstruktiv zu finden. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für ihr Gelingen ist das Thema „Vertrauen“ – Vertrauen in die demokratischen Prozesse, Vertrauen in die Institutionen und handelnden Personen.

Die aktuelle Ausgabe des Universitätsmagazins „upgrade“ widmet sich demnach dem Schwerpunkt „Demokratie und Vertrauen“. Sie beleuchtet die gegenwärtigen Entwicklungen der Demokratie und diskutiert zentrale Bereiche ihres Zusammenspiels – darunter Wissenschaft, Medien, Justiz und selbstverständlich die politischen Institutionen selbst. Wie es beispielsweise mit den politischen Systemen in Europa weitergehen kann oder wie sich u. a. politisches „Campaigning“ im 21. Jahrhundert ausgestaltet, sind exemplarische Themen in diesem Zusammenhang. Ergänzend dazu zeigt die Bildstrecke „Objekte der Demokratie“ prägende und historische Elemente demokratischer Prozesse.

Viel Freude bei der Lektüre wünschen

Friedrich Faulhammer

Stefan Sagl

Lesen Sie
upgrade
online!

www.donau-uni.ac.at/upgrade

OBJEKTE DER DEMOKRATIE



Elektronisches Wahlgerät aus Indien

Der Moment der Stimmabgabe: In vielen Ländern erfolgt sie elektronisch. Bereits seit den 1980er-Jahren gibt es in Indien elektronische Wahlgeräte. Bekannt sind die „voting machines“ ebenso aus den USA. Auch in Europa werden sie etwa in der Schweiz oder in Norwegen eingesetzt, Estland hat sogar komplett auf die elektronische Stimmabgabe umgestellt. Seit der Aufhebung der Verordnung zum E-Voting bei der ÖH-Wahl durch den Verfassungsgerichtshof 2011 liegt das Thema in Österreich auf Eis.

Inhalt

Schwerpunkt: Demokratie & Vertrauen

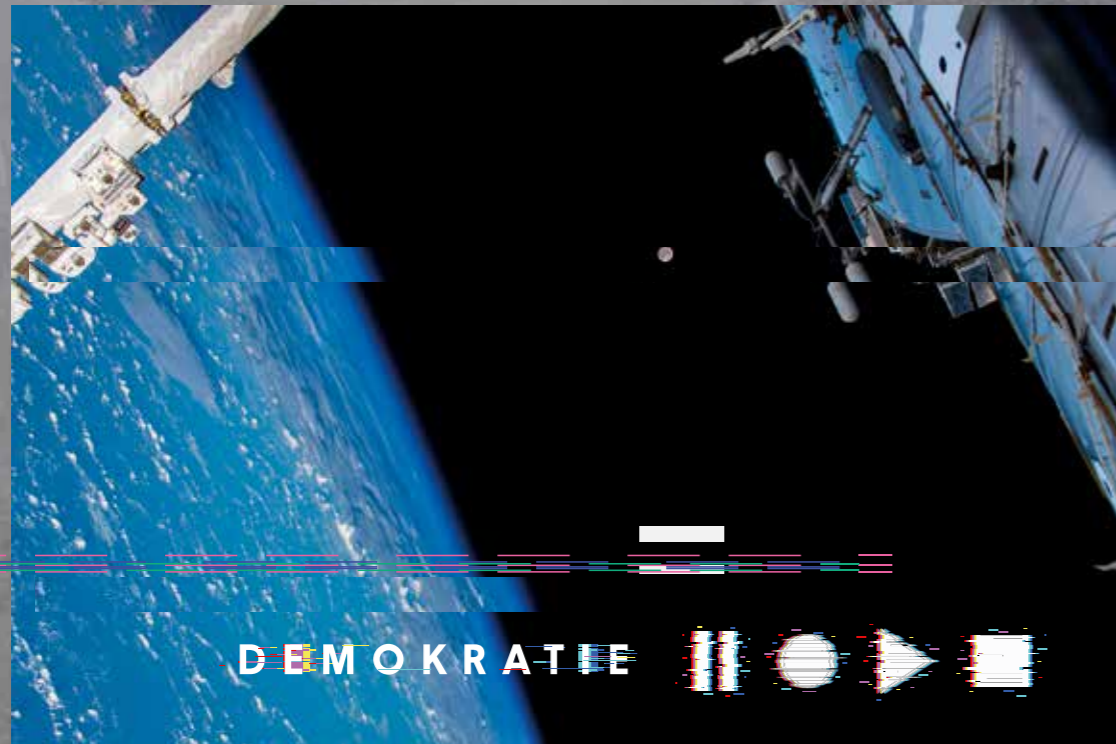
- | | | |
|-------|---|--|
| 3 | Editorial | |
| 18 | Im Fokus | |
| 52 | Campus Krems | |
| 54 | Alumni-Club | |
| 55 | Kunst & Kultur | |
| 57 | Bücher | |
| 58 | Vorschau/Impressum | |
| 7 | Was Christian Wigand meint | Ein Schutzschild für die Demokratie |
| 9 | Wieder mehr Vertrauen fassen | Sind Demokratien am Weg zur Ochlokratie |
| 15 | Das Einstimmigkeitsprinzip muss fallen | Im Gespräch mit Sebastian Schäffer |
| 21 | Wahlkämpfe im digitalen Umbruch | Campaigning im 21. Jahrhundert baut auf Künstliche Intelligenz |
| 25 | Auf der Suche nach mehr Demokratie | Warum die Schweiz als Modell nicht immer taugt |
| 29 | Mächtige Säulen der Demokratie | Höchstgerichte schützen, ihre Machtfülle nimmt jedoch auch zu |
| 33 | Maskierte Konflikte | Warum Wissenschaft Politik nicht ersetzt |
| 37 | Wie uns Konfliktbilder prägen | Im Gespräch mit der Kulturwissenschaftlerin Christina Hainzl |
| 41 | Der Preis der Zurückhaltung | Wie „false balancing“ den Journalismus gefährdet |
| ----- | | |
| 44 | Wissenschaft, ganz diplomatisch | Die EU Science Diplomacy Alliance als bedeutendes Netzwerk |
| 46 | Wie Regionen zur EU beitragen | Im Porträt: die Soziologin Elisabeth Donat |
| 50 | Alumni-Porträt | Michael Prock ist Journalist aus Leidenschaft |



Titelbild: Interessen und Ansichten differieren, Demokratie öffnet der Bevölkerung als Souverän grundsätzlich zivilisierte Wege zu ihrem Ausgleich. Ihre materielle Seite zeigt die Bildstrecke „Objekte der Demokratie“. Idee und Konzeption: DLE Kommunikation & Wissenschaftsredaktion der Universität für Weiterbildung Krems

Fotos: S.4 Jayeshji; Titelbild: RIDVAN SLIVOVA / AP / PICTUREDESK.COM

OBJEKTE DER DEMOKRATIE



Der Weltraum als Objekt demokratischer Entscheidung

Konträr zu gegenwärtigen politischen Aussagen darf kein Staat Souveränitätsansprüche im Weltraum geltend machen. So regelt es der UN-Weltraumvertrag von 1967 (Treaty on Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space, including the Moon and Other Celestial Bodies). Der Vertrag, bislang von 102 Staaten ratifiziert, schreibt fest, dass die Erforschung und Nutzung des Weltraums nur zum Nutzen und im Interesse aller Staaten und zu friedlichen Zwecken erfolgen darf.

Ein Schutzschild für die Demokratie

Ein Kommentar von Christian Wigand

Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind das Fundament der Europäischen Union. Gleichzeitig haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass die Demokratie in der EU – und weltweit – großen Herausforderungen gegenübersteht. Die Werte, auf denen unsere Europäische Union baut, sind keine Selbstverständlichkeit – wer das negiert, wiegt sich in falscher Sicherheit.

Verdeckte Einflussnahme aus dem Ausland, steigender Extremismus, Verbreitung manipulativer Informationen – unsere demokratischen Werte und Prozesse sind vielfältigen Angriffen ausgesetzt. Oftmals tragen diese Angriffe die Handschrift Putins, aber auch anderer Autokraten. Russland jedenfalls führt seinen barbarischen Krieg gegen die Ukraine nicht nur am Schlachtfeld, sondern auch im Netz. Lange vor dem 24. Februar 2022 hat Putin begonnen, durch die Schaffung falscher Mythen und Vorwände den Weg für die Aggression zu bereiten.

Der Schutz der Demokratie ist daher ein klarer Schwerpunkt der neuen Europäischen Kommission. Präsidentin Ursula von der Leyen hat einen Europäischen Schutzschild für die Demokratie angekündigt. Dabei geht es im Wesentlichen um vier Schwerpunkte. Erstens soll der Kampf gegen Desinformation und Einflussnahme aus dem Ausland intensiviert werden. Das

bedingt, dass die Kapazitäten und der Informationsaustausch auf europäischer Ebene gestärkt werden. Zweitens soll das Bewusstsein der Bevölkerung für Desinformation geschärft werden. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Medienkompetenz der jüngeren Generation. Drittens wird die Kommission Maßnahmen zur Wahrung der Fairness und Integrität von Wahlen und zur Stärkung der demokratischen Kontrolle weiterentwickeln. Viertens wollen wir die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am Demokratieprozess festigen, etwa in Form von Jugenddialogen und Bürger_innenforen.

Einige wichtige Schritte zum Schutz der Demokratie wurden bereits gesetzt. Ein zentrales Instrument ist das Gesetz über digitale Dienste, das Online-Plattformen bei der Bekämpfung von Desinformation in die Pflicht nimmt. Zudem hat die EU neue Transparenzregeln für politische Werbung beschlossen. Elementare Funktionen haben auch der Rechtsstaatlichkeitsbericht und das Medienfreiheitsgesetz – funktionierende Institutionen und freie Medien sind schließlich Säulen der Demokratie.

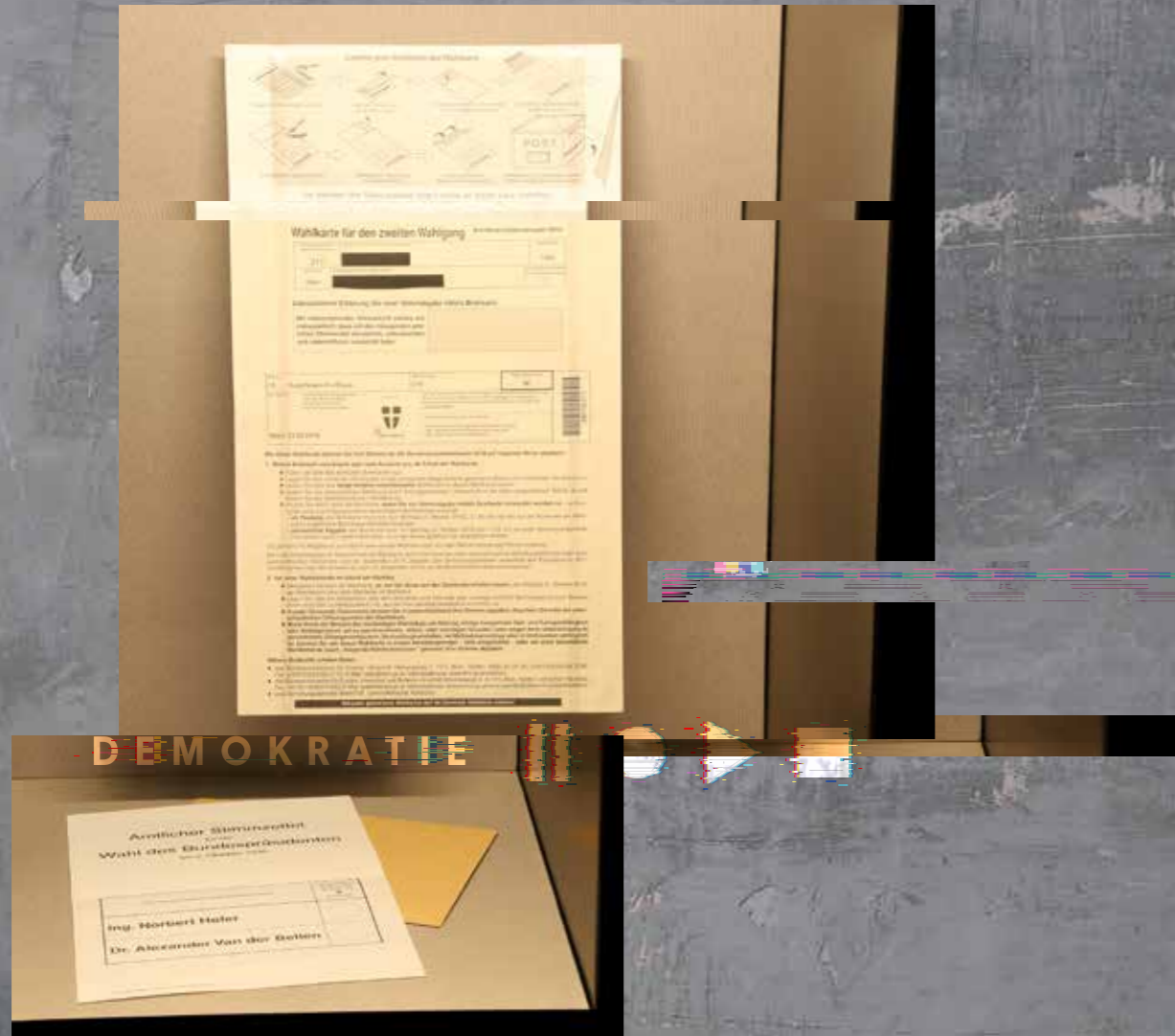
In Zeiten des Umbruchs und der Verunsicherung gilt es für Europa, sich auf seine Stärken und Grundlagen zu besinnen und unsere Demokratie entschlossen zu verteidigen. ■



CHRISTIAN WIGAND

Christian Wigand ist seit September 2024 amtsführender Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich. In der Kommission war der gebürtige Grazer ab 2014 Sprecher unter Präsident Jean-Claude Juncker und unter Präsidentin Ursula von der Leyen. Er studierte Theologie sowie internationale Beziehungen und ist Absolvent der Diplomatischen Akademie Wien.

OBJEKTE DER DEMOKRATIE



Defektes Kuvert, Briefwahl zur Bundespräsidenten-Stichwahl 2016
(Haus der Geschichte St. Pölten)

Das Wählen per Brief nimmt immer stärker zu. 22,6 Prozent aller Wahlberechtigten schickten 2024 bei der Nationalratswahl ihren Stimmzettel im Kuvert. Ein defekter Kuvertkleber führte 2016 zu einer Wiederholung der Stichwahl zur Bundespräsidentenwahl. Bei den Kuverts wurde ein schadhafter Klebstoff verwendet, der sich frühzeitig löste und so den Stimmzettel freigab. Die Stichwahl musste damals um zwei Monate verschoben werden.

Wieder mehr Vertrauen fassen

*Social Media, der Mob und die (Nicht-)Moderation:
Wo alle mitreden und Recht haben wollen, bleiben Diskurs
und Vertrauen in evidenzbasierte Expertise auf der Strecke.
Sind unsere Demokratien auf dem Weg zur Ochlokratie?*

Von Georg Renner

A

ls Donald Trump unmittelbar nach seinem zweiten Amtsantritt als US-Präsident im Jänner – wie lange im Voraus angekündigt – jene Kapitol-Stürmer begnadigte, die am 6. Jänner 2021 gewaltsam in das Herzstück der amerikanischen

Demokratie eingedrungen waren, schien sich zu bestätigen, wovor politische Beobachter_innen seit Jahren warnen: Die Gefahr einer schleichenden Transformation westlicher Demokratien in eine Ochlokratie – die Herrschaft des aufgehetzten Mobs. Denn genau das war der Sturm aufs Kapitol: der Versuch einer aufgebrachten Menge, den demokratischen Prozess durch pure Gewalt zu ersetzen.

Trumps Ankündigung erfolgte just zu einem Zeitpunkt, als die großen Social-Media-Plattformen ihre Zügel für politische Äußerungen weiter lockerten: Elon Musks X (vormals Twitter) hatte Trump bereits wieder zugelassen, Meta folgte mit der Freigabe von Trumps Facebook- und Instagram-Accounts. Was als Argument für

mehr demokratischen Diskurs präsentiert wurde, könnte sich als Brandbeschleuniger für die weitere Entwicklung Richtung Ochlokratie erweisen – einer Herrschaftsform, in der nicht mehr Argumente und demokratische Prozesse entscheiden, sondern die Lautstärke der Masse und ihre Fähigkeit zur Einschüchterung.

In einem Gespräch mit dem Deutschlandfunk Ende Jänner analysierte der Demokratieforscher Torben Lütjen von der Universität Flensburg diese Entwicklung als Teil einer längeren Tradition: „Es geht im Grunde genommen um so eine Gegenüberstellung: Auf der einen Seite so abstraktes Theoretisieren von irgendwelchen Intellektuellen, die quasi im Elfenbeinturm wohnen, von Realität keine Ahnung haben, versuchen, am Reißbrett Gesellschaften zu entwerfen und zu verändern. Und auf der anderen Seite dann so etwas, was wir vielleicht als Common Sense, als gesunden Menschenverstand verstehen könnten.“ Diese Spannung sei, so Lütjen, besonders erfolgreich, weil sie an reale Wider- ➤



MARTIN WEISS

Dr. Martin Weiss LL.M. ist seit 2022 Präsident des Salzburg Global Seminar. Davor war Weiss Botschafter der Republik Österreich in den Vereinigten Staaten von Amerika. Seine diplomatische Karriere begann er 1991 als Human Rights Attaché der österreichischen Mission bei den Vereinten Nationen.

sprüche anknüpfe: „Auf der einen Seite gibt es immer mehr Politikfelder, wo Expertise wichtig ist, die haben wissenschaftlich immer mehr Fragen, die so mit dem allgemeinen Alltagsverstand nicht richtig zu beantworten sind. Und gleichzeitig wird uns natürlich seit vielen Jahrzehnten gesagt, kritisch zu sein, selber für uns zu denken, nicht alles für bare Münze zu nehmen. Und komischerweise ist das jetzt irgendwie auf eine sehr paranoide Art und Weise, die gar kein Vertrauen mehr hat, nach rechts gewandert.“

„Ohne eine gemeinsame Faktenbasis, ohne sich zunächst einmal darüber klar zu sein, ob es überhaupt ein Problem gibt, wird es kompliziert bis unmöglich, politische Lösungen für Probleme zu erarbeiten.“

Martin Weiss

Strategie Antiintellektualismus

Dieser Antiintellektualismus sei dabei keineswegs zufällig entstanden, sondern Teil einer bewussten politischen Strategie: „Republikaner, vor allen Dingen aber der amerikanische Konservatismus hat natürlich den ganzen Populismus sich im Grunde deswegen so stark ausgedacht, nach vorne geschoben, weil ihnen eigentlich ab den 70er-, 80er-Jahren zu Fragen von sozialer

Ungleichheit ehrlicherweise nicht viel eingefallen ist.“ Die Strategie zielt darauf ab, sozioökonomische Konflikte zu überdecken mit einer Erzählung von „Wir gegen die – die achten euch nicht, die gucken auf euch herab, die machen ihre Pläne, ohne an euch zu denken.“

Martin Weiss, der als damaliger österreichischer Botschafter in Washington das Ende der ersten Trump-Amtszeit und den Kapitolsturm aus nächster Nähe miterlebte, warnt allerdings vor übertriebener Dramatisierung: „Reiche oder Superreiche mit Einfluss auf die US-Politik hat es schon oft gegeben, denken Sie an Carnegie oder Rockefeller“, sagt der heutige Präsident des Salzburg Global Seminar. Er verweist darauf, dass die Institutionen der US-Verfassung – von den Gerichten über die föderale Mitwirkung der Bundesstaaten bis zur Kontrolle der Regierung durch die Abgeordneten in Senat und Repräsentantenhaus – intakt und stabil seien. Die Resilienz dieser Institutionen zeigte sich etwa in der Rolle der Wahlprüfungskommissionen einzelner Bundesstaaten nach der Präsidentschaftswahl 2020, als sie trotz massiven politischen Drucks an ihrer faktenbasierten Bewertung der Wahlergebnisse festhielten.

Emotionalisierungsspirale

„Nein, ich glaube nicht, dass wir am Weg in die Ochlokratie sind“, sagt auch Peter Filzmaier. Der Politikwissenschaftler und Professor für Demokratiestudien an der Universität für Weiterbildung Krems wendet aber ein, dass seit Jahren eine „spiralförmig nach oben drehende Emotionalisierung gegen Expertenwissen“ im Gang sei. Diese Entwicklung sei nicht erst seit den Kontroversen um Corona-Maßnahmen sichtbar geworden: „Die Versäumnisse in der Kommunikation gibt es nicht erst seit 2020.“ Die Skepsis und das Misstrauen gegenüber wissenschaftlicher Expertise seien über Jahre und Jahrzehnte gestiegen und äußerten sich inzwischen auch in offener Feindseligkeit, bis hin zur Aggression gegen öffentlich aktive Expertinnen und Experten. Die Anfeindungen reichen dabei von organisierten Shitstorms in sozialen Medien bis hin zu persönlichen Bedrohungen, wie sie etwa der deutsche Virologe

„Seit Jahren ist eine spiralförmig nach oben drehende Emotionalisierung gegen Expertenwissen im Gang.“

Peter Filzmaier

Christian Drost während der Pandemie erfuhr – klassische Mittel des Mob-Drucks, der rationale Debatte durch Einschüchterung ersetzt.

„Durch die mediale Entwicklung konnte sich auf einmal jeder als Experte gerieren“, erklärt Filzmaier. Die Algorithmen der sozialen Medien würden Schnelligkeit von Nachrichten und deren emotionale Resonanz belohnen – nicht die sorgfältige Abwägung und jahrzehntelang erworbenes Wissen. „Und die Sehnsucht nach Orientierung, nach schnellen, klaren Antworten, ist gerade in Krisenzeiten groß – Populist_innen liefern diese vermeintlich einfachen Lösungen,

während die Wissenschaft notwendigerweise zögert, bevor sie etwas Falsches behauptet.“ Das sei in der modernen Medienwelt ein struktureller Nachteil.

Wendejahr 2015

Den Wendepunkt in dieser Entwicklung datiert Liriam Sponholz vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung präzise auf das Jahr 2015. Im Vorfeld von Trumps Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten und der Brexit-Abstimmung habe sich der Aufstieg der neuen, „hybriden“ Medienlandschaft als Ort des politischen Diskurses vollzogen. Die Folge war eine zunehmende Fragmentierung der Debatten in „Echokammern“ und einseitige Propaganda-Channels. „Das geht in Richtung ‚Gesetz des Dschungels‘, dass der Lauteste die meiste Reichweite bekommt“, analysiert Sponholz, die derzeit an der Universidade Federal in ihrem Heimatland Brasilien forsch und unterrichtet.

Dieses „Gesetz des Dschungels“ manifestiert sich in verschiedenen Phänomenen: Provokante Tweets erreichen ein Vielfaches der Aufmerksamkeit von sachlichen Analysen, emotionale Ausbrüche werden durch Algorithmen bevorzugt weitergereicht, und die Anzahl der Follower_innen wird wichtiger als die Qualität der Argumente. Es ist genau diese Mechanik, die einer Och- >>



PETER FILZMAIER

Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier hält die Universitätsprofessur für Demokratiestudien und Politikforschung an der Universität für Weiterbildung Krems sowie für Politische Kommunikation an der Karl-Franzens-Universität Graz. Er leitet das Institut für Strategieanalysen (ISA) und analysiert das politische Geschehen für den ORF und andere Medien.

18.403

FÄLLE VON DESINFORMATION DURCH RUSSLAND HAT DIE INITIATIVE EUvsDisInfo SEIT GRÜNDUNG 2015 AUFGEDECKT. EUvsDisInfo IST TEIL DER EAST STRATCOM TASK FORCE, EIN TEAM DES DIPLOMATISCHEN DIENSTES DER EU AUS FACHLEUTEN AUS KOMMUNIKATION, JOURNALISMUS, SOZIALWISSENSCHAFTEN UND RUSSISTIK. Quelle: euvsdisinfo.eu



LIRIAM SPONHOLZ

Die Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin PD Dr.ⁱⁿ Liriam Sponholz forscht am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung u. a. zum Thema „Hate Speech.“ Sie habilitierte sich an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und forscht derzeit an der Universidade Federal in ihrem Heimatland Brasilien.

lokratie den Weg bereitet: Wer am lautesten schreit und die größte Gefolgschaft mobilisieren kann, bestimmt den Diskurs. Ein eindrückliches Beispiel lieferte der „Twitter-Files“-Skandal: Während investigative Journalist_innen monatelang tausende interne Twitter-Dokumente analysierten, dominierten vor allem jene die Debatte, die am lautesten „Zensur“ schrien – unabhängig von den tatsächlichen Erkenntnissen.

Gut gemeinte Gegenmaßnahmen hätten die Situation teilweise noch verschärft: „Als Content-Moderation eingeführt wurde, sind vor allem rechte Politikerinnen und Politiker deplatziert worden“, sagt Sponholz. Das habe die Zersplitterung der Medienlandschaft weiterbefördert, da weder die betroffenen Politiker_innen, noch deren Anhänger_innen damit verschwunden seien – sie hätten sich stattdessen andere Plattformen gesucht, von Gab über Telegram bis hin zu Trumps eigenem Netzwerk Truth Social. Die Folge ist eine Art Zersplitterung der digitalen Öffentlichkeit: Statt eines gemeinsamen Diskursraums entstehen separate Informationsuniversen mit eigenen „Wahrheiten“ und Deutungsmustern – ideale Brutstätten für jene Gruppendynamiken, die demokratische Prozesse durch Mobherrschaft ersetzen können.

Gemeinsame Agenda fehlt

„In einer Demokratie müssen wir zunächst einmal über dasselbe reden“, betont Sponholz. Die Fragmentierung öffentlicher Diskurse mache es zunehmend schwieriger, auch nur eine minimale gemeinsame Agenda unterschiedlicher politischer Richtungen aufzustellen – der Weg zu einer Konsensbildung würde somit länger und länger. Dies zeigt sich etwa in der Migrationsdebatte, wo verschiedene politische Lager nicht einmal mehr die gleichen Grunddaten über Zuwanderung, Integration oder Kriminalität teilen, geschweige denn zu gemeinsamen Lösungsansätzen kommen.

Dennoch sieht auch Weiss in der veränderten Medienlandschaft eine zentrale Herausforderung für die demokratische Gesellschaft: „Ohne eine gemeinsame Faktenbasis, ohne sich zunächst einmal darüber klar zu sein, ob es überhaupt ein

Problem gibt, wird es kompliziert bis unmöglich, politische Lösungen für Probleme zu erarbeiten.“ Diese Fragmentierung zeigt sich beispielsweise in der Klimadebatte, wo in manchen Diskursräumen der menschengemachte Klimawandel als wissenschaftlich gesicherte Tatsache gilt, während er in anderen als „Hysterie“ oder „Panikmache“ abgetan wird – eine Spaltung, die konstruktive politische Lösungen erheblich erschwert.

„In einer Demokratie müssen wir zunächst einmal über dasselbe reden.“

Liriam Sponholz

Filzmaier sieht in dieser Entwicklung jedoch keinen unaufhaltsamen Automatismus. Auch die Institutionen, aus denen etwa jene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Öffentlichkeit kämen, die nun – wie die Virologen und andere Medizinerinnen während der Corona-Jahre – massiv angefeindet würden, müssten sich kritischen Fragen stellen. „Lange Zeit haben Universitäten die Kommunikation von dem, was sie tun, die Wissenschaftsvermittlung, hintangestellt“, kritisiert er. Man habe zu wenig Ressourcen aufgewendet, die Expertinnen und Experten vorzubereiten – „man hat zum Beispiel die medizinischen Expert_innen während Corona in Interviews hineinstolpern lassen ohne nennenswertes Training“.

Verlässliche Informationen liefern

Der oft zitierte Stehsatz, wie demokratische Gesellschaften mit diesem Missver-

hältnis künftig umgehen könnten, lautet: Bildung ist die Lösung. Das sei zwar nicht falsch, sagt Filzmaier, aber eben nur ein Teil der Antwort. Jene Institutionen, die Fake-News und Verschwörungserzählungen mit ihrer echten Expertise begegnen könnten – allen voran die Universitäten –, müssten nun selbst aktiv werden und sich klarmachen, dass die öffentliche Vermittlung ihrer Inhalte Teil der Job Description sein müsse. „Es wird nicht das eine Mittel gegen Fake-News geben – aber wenn wir zumindest einen Teil verlässlicher Informationen in die Öffentlichkeit bringen, ist schon viel erreicht“, sagt Filzmaier.

Auch Sponholz sieht keine einfachen Lösungen: Selbst wenn die Plattformen wieder verstärkt Moderation einführen würden, wäre das nur ein erster Ansatz – „Moderation hat jedenfalls immer Lücken, unabsehbare Folgen und ist extrem aufwendig“. Zielführender wäre es aus ihrer Sicht, die Plattformen zu designorientierten Lösungen zu bewegen – etwa der Anpassung ihrer Mechanismen, nach denen Inhalte ausgespielt werden. „Das wäre auch eine Chance für Europa, hier Leadership zu übernehmen.“

Erste positive Ansätze sind bereits erkennbar: Universitäten investieren verstärkt in Wissenschaftskommunikation und bilden ihre Expertinnen und Experten gezielt für den öffentlichen Diskurs aus. Neue Formate der Wissensvermittlung entstehen, die komplexe Zusammenhänge verständlich machen, ohne sie zu vereinfachen. Und

auch auf Seiten der Plattformen gibt es Bewegung: Experimente mit alternativen Algorithmen, die nicht auf maximales Engagement, sondern auf konstruktiven Dialog optimiert sind, zeigen vielversprechende Resultate.

Gefahr schleichende Erosion

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt: Die Gefahr für die Demokratie liegt weniger in einem dramatischen Umsturz, als in der schleichenden Erosion jener Grundlagen, die demokratische Entscheidungsfindung erst möglich machen – dem Vertrauen in Expertise, der Fähigkeit zum sachlichen Diskurs und der Bereitschaft, sich auf eine gemeinsame Faktenbasis zu einigen. Die Grenze zwischen demokratischer Willensbildung und ochlokratischer Herrschaft des Mobs ist dabei oft fließend und hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, die digitalen Kommunikationsräume so zu gestalten, dass sie demokratische Deliberation fördern statt Mobmentalität. Die wachsende Sensibilität für diese Herausforderungen und die zunehmende Bereitschaft verschiedener Akteure und Akteurinnen, aktiv gegenzusteuern, geben dabei Anlass zur Hoffnung. Die Demokratie mag unter Druck stehen – aber sie entwickelt auch neue Abwehrkräfte gegen ihre Verwandlung in eine digitale Ochlokratie. ■

Georg Renner schreibt regelmäßig für „Datum“ und „Wiener Zeitung“

Foto: Sponholz © Mehdi Bahmed/Concept Photography Berlin

Wir leben Immobilien.

Vielfältiges Angebot. Individuelle Lösungen.

EHL bietet Ihnen eine umfassende Leistungspalette für Mieter, Vermieter, Entwickler und Investoren. Wir beraten Sie gerne bei der Umsetzung Ihrer individuellen Immobilienstrategie:

Vermittlung	Büroimmobilien	Anlageobjekte
Bewertung	Einzelhandelsobjekte	Zinshäuser
Investment	Logistikimmobilien	Betriebsliegenschaften
Asset Management	Wohnimmobilien	Grundstücke
Market Research	Vorsorgewohnungen	Hotels

ehl.at

OBJEKTE DER DEMOKRATIE



Pnyx in Athen – Versammlungsplatz der Ekklesia mit Rednertribüne

Rednerpodest, Stimmbürgerareal: Die Pnyx, ein Hügel nahe Athen, bot 6.000 stimmberechtigten Athenern (nur Männer), rund 20 Prozent der Gesamtbevölkerung, in einer Naturarena Platz für die Volksversammlung (Ekklesia). Rede und Abstimmung stellten zentrale Elemente der attischen Demokratie dar. Perikles, Demosthenes oder Aristides hielten hier ihre Reden. Vor der Pnyx, errichtet rund 500 v. Chr., fanden Versammlungen auf der Agora statt, danach im Dionysos-Theater. Erste Ausgrabungen fanden 1910 statt. Die Pnyx, ikonischer Ort der attischen Demokratie, kann noch heute besichtigt werden.

Das Einstimmigkeitsprinzip muss fallen

Sebastian Schäffer, Direktor des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, plädiert für eine radikale Institutionenreform der EU. Er will die Ministerräte abschaffen und eine Kammer der Regionen einführen.

Von Christian Ultsch

upgrade: Ist die Europäische Union zukunftsfit, um sich im rauer werdenden geopolitischen Umfeld zwischen Russland, China und den USA durchzusetzen?

Sebastian Schäffer: Das ist eine der wichtigsten Fragen, die uns in nächster Zeit umtreiben wird. Im aktuellen Entscheidungsfindungsprozess ist die EU immer nur so stark wie ihr schwächstes Mitglied. Denn in allen Bereichen, die geopolitisch wichtig sind, gilt immer noch das Einstimmigkeitsprinzip. Das könnte man relativ leicht ändern. Doch ich sehe dafür im Moment weder den Willen noch den Mut. Ich bin nur wenig optimistisch, dass die EU die nötigen Schritte setzen wird.

Warum?

Schäffer: Die EU hätte schon nach den zwei disruptiven Ereignissen 2016, nach dem Brexit-Referendum und Donald Trumps erstem Wahlsieg, reagieren müssen. Nach der Wahl von Joe Biden 2020 haben wir uns leider wieder zurückgelehnt. Jetzt baut sich wieder immenser Druck auf.

In welchen Bereichen sollte die EU das Einstimmigkeitsprinzip aufgeben?

Schäffer: Die EU sollte, wie es in vielen Bereichen ja bereits längst geschehen ist, vor allem auch in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in Asyl- und Migrationsfragen auf qualifizierte Mehrheiten überwechseln.

Das Problem ist nur, dass man genau für eine solche Änderung Einstimmigkeit bräuchte. 2005 lehnten Frankreich und die Niederlande in Referenden den EU-Verfassungsvertrag ab.

War das für Sie ein Wendepunkt?

Schäffer: In Frankreich war das damals ja letztlich kein Referendum über den Verfassungsvertrag, sondern über Präsident Jacques Chirac. Danach hat man mit Ach und Krach den Lissabonner Vertrag hinkommen. Damals galt das Argument, die EU man müsse sich zuerst intern reformieren und könne sich erst danach erweitern. Doch dazu kam es nicht.

Derzeit drängen die Westbalkanstaaten, aber auch die Ukraine, Moldau und Georgien in die EU. Liegt es nicht auf der Hand, dass die EU in ihrem jetzigen institutionellen Setting mit derart vielen neuen Mitgliedern gar nicht mehr funktionieren könnte?

Schäffer: Auch deshalb muss das Einstimmigkeitsprinzip fallen. Man sollte die Erweiterungsdebatte aber in die richtige Perspektive rücken. Die neun Kandidatenländer haben eine Gesamtbevölkerung von 67 Millionen – exakt so viel wie das Vereinigte Königreich, das aus der EU ausgetreten ist. Der Unterschied ist natürlich: Wir hätten neun weitere Vetospieler statt einen. >>

Mag. **Sebastian Schäffer**, MA ist Direktor des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa IDM. Er studierte Politikwissenschaft, Europarecht und Slavistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München und belegte den Elitestudiengang Osteuropastudien an der Universität Regensburg. Schäffer war wissenschaftlicher Mitarbeiter an verschiedenen Forschungsgruppen deutscher Universitäten mit den Schwerpunkten Europa und internationale Beziehungen. Die Universität für Weiterbildung Krams ist Kooperationspartner des IDM und mit ihm über ihren Rektor Friedrich Faulhammer verbunden, der als Präsident des IDM fungiert.



„Europäische Integration erfolgte nie primär aus ökonomischen Gründen, sondern sollte der Stabilisierung von Demokratien dienen.“

Sebastian Schäffer

Und wirtschaftlich bringen die Neun nur ein Zehntel des britischen Bruttoinlandsprodukts auf die Waage. Doch europäische Integration erfolgte nie primär aus ökonomischen Gründen, sondern sollte der Stabilisierung von Demokratien dienen. Das hat in Griechenland, Spanien, Portugal und mit Abstrichen in den mitteleuropäischen Staaten sehr gut funktioniert.

Warum reüssieren ausgerechnet im Donauraum, vor allem in Ungarn, Tschechien,

der Slowakei und jetzt auch in Österreich, derzeit nationalistische Parteien, die das EU-Projekt auf ein Europa der Vaterländer zurückdrehen wollen?

Schäffer: Bis 1989 hat in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang die Politik von Moskau dominiert. Danach hatten sie 15 Jahre lang das Ziel, der EU beizutreten. Bei vielen stellte sich das Gefühl ein, dass nun alles von Brüssel geprägt sei. Diese Länder durften der EU erst beitreten, nachdem sie alle EU-Bestimmungen übernommen hatten, ohne über diese Regeln selbst entscheiden zu können. Das hat zu Anti-EU-Ressentiments beigetragen. Zweitens hat man, und das ist die Brücke zu Österreich, den großen Fehler begangen, nach dem Beitritt nicht mehr über die Vorteile der EU zu reden. Drittens hat eine Abfolge von Krisen den Lebensstandard vieler Menschen gedrückt. Und viertens ist Westeuropa bei Topjobs in der EU bevorzugt. Da existiert immer noch eine Zweiklassengesellschaft.

Halten Sie es für einen Fehler, dass es derzeit keine Vision darüber gibt, wie die EU ausschauen soll, wenn sie fertig ist?

Schäffer: Ja. Mit dem Vertrag von Lissabon haben wir die Methode Monnet, in kleinen Schritten einen Politikbereich nach dem anderen zu vergemeinschaften, leise begraben. Im Lissabon-Vertrag hat die EU die Möglichkeit eingeführt, auszutreten und Kompetenzen wieder zurückzugeben. Die Idee dahinter war, dass die Mitgliedsstaaten integrationsfreundlicher werden, wenn der Souveränitätsverzicht nicht den Charakter der Endgültigkeit hat. Das war jedoch ein Trugschluss. Es hat dazu geführt, dass die Ever Closer Union, an deren Ende in ferner Zukunft alles vergemeinschaftet sein sollte, nicht mehr existiert. Im Moment kursiert de facto nur ein Konzept, wie die Zukunft der EU aussehen kann: nämlich das Europa der Vaterländer, das die Rechtspopulisten vorgeben. EU-Kommissar Juncker präsentierte 2017 in einem Weißbuch fünf Szenarien für die Zukunft der EU. Damit ist seither nichts mehr passiert. Es ist ein großes Problem, dass die Nationalstaaten nach wie vor immer noch zuerst auf sich selbst schauen. Die Europawahlen sind im Endeffekt 27 parallele nationale Wahlen, in denen keine europapolitischen Themen diskutiert werden.

Auch die Idee, dass die Spitzenkandidat_innen der europäischen Fraktionen als Bewerber_innen für die Kommissionspräsidentschaft antreten, ist abgeräumt. Sonst wäre 2019 Manfred Weber Kommissionspräsident geworden und nicht Ursula von der Leyen.

Schäffer: Das war absurd. Es war jedoch auch dumm, einen Politiker der bayrischen Lokalpartei CSU aufzustellen, die nicht einmal in Deutschland flächendeckend gewählt werden kann. Wir bräuchten eine echte Europawahl mit transnationalen Listen.

Wie sollte die EU denn Ihrer Ansicht nach in der Endausbaustufe aussehen?

Schäffer: Wir brauchen im institutionellen Setup weniger Nationalstaaten. Ich würde ganz konkret den Rat abschaffen. Wir haben mit dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs ein exekutives Konsultationsgremium, das die Leitlinien vorgibt. Das passt auch. Wir brauchen dazu jedoch nicht auch noch ein legislatives Organ, in dem sich die Minister und Ministerinnen in zehn verschiedenen Formationen in Räten treffen, um dann noch Richtlinien zu beschließen. Da kommen Minister_innen in den Rat, beschließen eine Richtlinie, gehen nach Hause, müssen die Richtlinie in nationales Recht umsetzen und sagen dann, Brüssel sei schuld. Das gehört abgeschafft. Stattdessen bräuchten wir noch ein regionales Organ.

Und zwar?

Schäffer: Es wäre sinnvoll, eine zweite Kammer zu schaffen, die aus Regionen besteht. Ich würde nicht den existierenden

konsultativen Ausschuss der Regionen nehmen, sondern auf einem anderen Level mit grenzüberschreitenden Kandidat_innen ansetzen. Zu den größten Töpfen in der EU zählen weiterhin Kohäsionsfonds. Warum sollen darüber nicht die Regionen entscheiden? Wenn wir regionale Vertreter zusammenbrächten, wäre die EU demokratischer, weil näher an den Menschen. Diese zweite Kammer sollte auch ein Initiativrecht erhalten. Momentan ist man auf die Kommission angewiesen, die meiner Meinung nach verkleinert gehört. 15 Kommissare und Kommissarinnen reichen.

Halten Sie die Idee der Vereinigten Staaten von Europa angesichts der gesellschaftlichen Gemütslage für zu hoch gegriffen, oder sollte genau dies das Ziel sein?

Schäffer: Wenn Europa wettbewerbsfähig sein möchte, sollte es in diese Richtung gehen. Doch das Konzept ist verbrannt. Man bräuchte ein Rebranding, in dem nicht von einer Föderation die Rede ist. Solange wir so schlecht sind, die bestehenden Vorteile zu verkaufen, ist eine Föderation nicht mehrheitsfähig. Ich trete deshalb für einen Zweischritt ein: Wir sollten auf supranationaler Ebene die Außen-, Sicherheits- und Migrationspolitik durch die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips handlungsfähiger machen und gleichzeitig mit der Beteiligung von Regionen eine dritte Ebene einziehen, die näher an den lebensnahen Herausforderungen ist. ■

Christian Ultsch ist Ressortleiter Außenpolitik der Tageszeitung „Die Presse“

Foto: © IDM

ANZEIGE



Das 1x1 der Immobilienbesteuerung auf optimal genutzten 0,021 m².

Jetzt kostenlos die Broschüre bestellen und profitieren:
<https://www.tpa-group.at/immo/>

tpa





Im Fokus:
Das Research Lab
Democracy and Society in Transition –
Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs)
der Universität für Weiterbildung Krems

Die Gesellschaft durch Wissen mitgestalten

„Die Demokratie als facettenreicher Gegenstand von Forschung und transdisziplinären Initiativen steht im Mittelpunkt des *Research Labs Democracy and Society in Transition*. Die nachhaltige Weiterentwicklung der Gesellschaft auf Grundlage demokratischer Prinzipien und mit Blick auf die Sustainability-Ziele der Vereinten Nationen ist ein weiterer Schwerpunkt unserer breiten Aktivitäten, wozu die Plattform für Nachhaltige Entwicklung eingerichtet wurde“, sagt Dr.ⁱⁿ Christina Hainzl. Sie leitet sowohl Lab als auch Plattform. Um die Verbindung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu vertiefen und Wissen mit dem Ziel einer Stärkung der Demokratie in die Anwendung zu bringen, hat die Universität das Projekt Zwischenräume eingerichtet. Als Teil der Plattform befasst es sich mit weitreichenden Querschnittsthemen wie Science Diplomacy, Bildung, Europa, Kultur, Gesundheit oder Klimapolitik und bündelt Wissen sowie Aktivitäten aus mehreren Feldern der Universität für Weiterbildung Krems.

Forschung Beispielprojekte

- Erforschung von Ordnungs- und Unordnungsbegriffen im europäischen Rahmen vor dem Hintergrund multipler Krisen (Partner: IDM, oiip)
- Science Diplomacy mit den Schwerpunkten Zentral-, Süd- und Osteuropa (Partner IDM, weitere internationale Organisationen) sowie Kultur und kulturelles Erbe
- Visualisierung von Konflikten
- Klimapolitik

Dichtes Netzwerk

Das Research *Lab* Plattform für Nachhaltige Entwicklung pflegt zahlreiche Partnerschaften und ist in ein dichtes Netzwerk aus Institutionen und NGOs im Feld von Wissenschaft, Politik, Kultur und Wirtschaft eingebunden:

- European Science Diplomacy Alliance
- Institut für den Donauraum und Mitteleuropa – *IDM*
- Österreichisches Institut für Internationale Politik – *oiip*
- NICHE – The new Institute for Environmental Humanities, Universität Ca Foscari
- Netzwerk Politische Kommunikation

Wissensaustausch fördern – Das Projekt Zwischenräume

Die Zwischenräume als Teil der Plattform Nachhaltigkeit fördern den Austausch wissenschaftlichen Wissens mit Politik, Gesellschaft und anderen Disziplinen über Diskussion, Forschung und Outreach-Formate.

Science Diplomacy

Diplomatie mittels Wissenschaft, Unterstützung internationaler Zusammenarbeit durch die Wissenschaft: Science Diplomacy bildet einen zentralen Schwerpunkt des Projekts *Zwischenräume* und unterstützt das Anliegen der Universität für Weiterbildung Krems: gesellschaftliche Herausforderungen durch den Einsatz der Wissenschaft und durch internationale Zusammenarbeit zu bewältigen.

<https://zwischenraeume.co.at>

Gesellschaftlichen Wandel mitgestalten – Das Transformationsforum

Das „Österreichische Transformationsforum“ versammelt zivilgesellschaftliche Organisationen aus verschiedenen Bereichen auf breiter Ebene. Es ermöglicht einen innovativen Dialogprozess zur nachhaltigen Gestaltung der Gesellschaft von morgen.

OBJEKTE DER DEMOKRATIE



Losmaschine „Kleroterion“, Athen, ca. 4. Jh. v. Chr.

Wen das Los trifft: Das Kleroterion war eine antike Losmaschine, die im 4. Jahrhundert v. Chr. in Athen verwendet wurde. Sie bestand aus einer großen Steinplatte mit mehreren Schlitzen und einer senkrechten Röhre, in die weiße und schwarze Kugeln eingefüllt wurden. Die Kugeln wurden zufällig entnommen. Je nach Farbe wurde entschieden, ob eine Person oder Gruppe ausgewählt oder nicht ausgewählt wurde – hauptsächlich für das Richteramt und andere Ämter. Es sollte eine zufällige und unparteiische Auswahl sicherstellen und Korruption sowie geheime Absprachen verhindern.

Wahlkämpfe im digitalen Umbruch

Politisches Campaigning hat sich grundlegend gewandelt: Wahlkämpfe im 21. Jahrhundert bauen auf soziale Medien, Datenanalyse und KI – mit Herausforderungen für Demokratien.

Von Robert Prazak

Wahlkämpfe haben sich verändert: Wahlplakate, TV-Spots und Auftritte in Fußgängerzonen werden durch digitale Tools ergänzt oder sogar verdrängt. Die Digitalisierung hat die Art und Weise, wie Parteien und Kandidat_innen mit ihren Zielgruppen kommunizieren, revolutioniert. Campaigning ist im 21. Jahrhundert ein hochkomplexes Unterfangen, bei dem Datenanalyse, soziale Medien und Künstliche Intelligenz eine zentrale Rolle spielen. „Wahlkämpfe haben sich stark ins Internet verlagert. Früher dominierten klassische Medien und der direkte Kontakt, heute ermöglichen soziale Medien interaktive Kommunikation, die von den Parteien jedoch auch deutlich weniger kontrolliert werden kann“, sagt Meinungsforscherin Alexandra Siegl von Peter Hajek Public Opinion Strategies.

„Die Entwicklung der Wahlkämpfe hin zur Nutzung sozialer Medien verlief Schritt für Schritt“, erklärt Politikwissenschaftler Christoph Bieber. Dies geschah parallel zur steigenden Akzeptanz der Plattformen. Der Obama-Wahlkampf 2008 war die Initialzündung, seither ist in jedem Wahlzyklus eine neue, populäre Plattform hinzugekommen. Soziale Medien sind aber längst nicht mehr nur ein Kommunikationskanal, sondern ein zentrales Instrument, um Wählergruppen gezielt anzusprechen. Dadurch können Parteien ihre Botschaften gezielter platzieren und schneller auf aktuelle Entwicklungen reagieren. Gleichzeitig müssen sie aber mit einer kritischeren und fragmentierteren Öffentlichkeit umgehen. In den USA wird sichtbar, wohin das führt: Der Trump-Wahlkampf setzte ein eigenes „right-wing-ecosystem“ ein, erklärt Bieber: „Dieses Ökosystem wird von Content Creators >>

Foto: Marsyas, Ancient Agora Museum, Athen



ALEXANDRA SIEGL

Meinungsforscherin
Mag.ª Alexandra Siegl,
MSc ist Senior Consultant
bei Peter Hajek Public
Opinion Strategies und
leitet das Kärnten-Büro
des Unternehmens.
Sie beschäftigt sich seit
17 Jahren mit aktuellen
Fragen und Entwicklungen
in Politik, Wirtschaft und
Medien.



CHRISTOPH BIEBER

Prof. Dr. Christoph Bieber
leitet als Forschungs-
professor das Programm
„Digitale demokratische
Innovationen“ am Center
for Advanced Internet
Studies (CAIS) in Bochum.
Zudem ist er Professor
für Politikwissenschaft
an der Universität
Duisburg-Essen. Zu
seinen Spezialgebieten
zählen politische Kommu-
nikation, Digitalisierung,
Ethik und Transparenz.

geprägt, die abseits etablierter Medienplattformen, beispielsweise über Podcasts, Discord oder Twitch ein Millionenpublikum erreichen.“

Doch auch in Europa etablieren Parteien zunehmend eigene Plattformen. Laut Bieber drohe etwa in Deutschland eine ähnliche Entwicklung wie in den USA, wo beispielsweise die AfD ein rechtes Ökosystem aufbauen will, das Menschen erreicht, die sonst von Politik wenig berührt werden. „Parteien können sich auf diesen Plattformen viel erlauben, da diese Kanäle vom traditionellen Publikum nicht wahrgenommen werden.“

Auch in Österreich gibt es diese Tendenzen. Es gäbe eine klare Verlagerung weg vom Journalismus, hin zu parteieigenen und -nahen Medien, sagt Medienberater Peter Plaikner. „Das ist besonders bei der FPÖ sichtbar.“ Die Partei erreiche über 200.000 Abonnent_innen mit FP-TV auf YouTube; der ihr nahe stehende TV-Sender AUF1 habe auf Telegram bereits 300.000 Abonnent_innen. Auf Facebook – in Österreich nach wie vor die meistgenutzte Social-Media-Plattform – ist die FPÖ in jedem Bundesland aktiv, oft mit größerer Reichweite als die jeweiligen Landeshauptleute. Und auch andere Parteien bauen auf eigene digitale Medien. Dennoch: „Der TV-Wahlkampf bleibt wichtig, da die Inhalte aus Debatten häufig für Social Media genutzt werden“, sagt Plaikner.

„Der TV-Wahlkampf bleibt wichtig, da die Inhalte aus Debatten häufig für Social Media genutzt werden.“

Peter Plaikner

Die zunehmende Datennutzung und Personalisierung von Wahlkampfbotschaften wird von manchen als Bedrohung für den demokratischen Prozess gesehen; das Fördern und die gezielte Ansprache von Filterblasen sind längst kein Geheimrezept mehr. „Das fehlende kritische Hinterfragen bei solchen Formaten birgt Gefahren für den öffentlichen Diskurs“, warnt Bieber. Dahinter steckt der Trend, dass die klassischen Medien Teile des Publikums nicht mehr erreichen; insbesondere jüngere Menschen informieren sich fast ausschließlich jenseits traditioneller Kanäle, etwa über TikTok.

Werden Demokratien dadurch in ihren Grundfesten erschüttert? Wahlkampfperte Yussi Pick meint: „Ein Problem liegt nicht in den sozialen Netzwerken selbst, sondern in der Konsumpräferenz der Menschen. Wir lesen bevorzugt Artikel, die unsere Meinung bestätigen.“ Die Polarisierung sei eine zentrale Gefahr im Campaigning – sie bringt Reichweite, untergräbt jedoch langfristig das Vertrauen in demokratische Prozesse. 2024 habe gezeigt, dass sich Kandidat_innen, die sich nicht an die Regeln des demokratischen Diskurses gehalten haben, durchsetzen konnten.“

USA vs. Europa

Die digitalen Methoden des Campaignings werden immer ausgefeilter, etwa durch Microtargeting: „Wurden früher Wählerdaten, Kaufverhalten und Umfragen kombiniert, fließen heute Daten aus dem digitalen Raum ein, etwa Google-Suchanfragen und das Social-Media-Verhalten“, erläutert Siegl. Dadurch lassen sich noch spezifischere Zielgruppen adressieren. Noch weist die Campaigning-Kultur in den USA gegenüber Europa deutliche Unterschiede auf. „Das Zweiparteiensystem der USA führt zwangsläufig zu einer stärkeren Polarisierung, was durch Persönlichkeiten wie Trump noch verstärkt wird“, meint Alexandra Siegl. Zusätzlich wird dort mit innovativen Technologien experimentiert, wie etwa Chatbots, die Wähler telefonisch kontaktieren. In Europa hingegen bleibt die Mischung aus traditionellen Methoden wie Hausbesuchen und digitalen Ansätzen entscheidend. Laut Plaikner zeige sich dies

in Österreichs Landtagswahlkämpfen, wo Hausbesuche hohe Erfolgsquoten erzielten. Dazu kommt: Während in den USA datengetriebenes Campaigning weit verbreitet ist, sind die Möglichkeiten in Europa durch strengere Datenschutzgesetze eingeschränkter.

„Wurden früher Wählerdaten, Kaufverhalten und Umfragen kombiniert, fließen ins Microtargeting heute Daten aus dem digitalen Raum ein, etwa Google-Suchanfragen und das Social-Media-Verhalten.“

Alexandra Siegl

Künstliche Intelligenz als Gamechanger

Jetzt kommt zusätzlich die Künstliche Intelligenz ins Spiel – sie eröffnet neue Möglichkeiten für das politische Campaigning, von der noch detaillierteren Analyse von Wähler_innenverhalten über die Erstellung personalisierter Inhalte bis zur künstlichen Generierung diverser Inhalte. Nach Ansicht von Yussi Pick ist KI derzeit noch kein großes Thema in Wahlkämpfen, das könne sich aber noch ändern: „Die Problematik von Fake-News ist in anderen Branchen, die weniger stark vom klassischen Journalis-

mus überwacht werden, deutlich größer.“ Und dennoch sind Deepfakes und Voice-Cloning-Technologien Trends, die auch Wähler_innen täuschen und das Vertrauen in demokratische Prozesse untergraben können. So hat KI die Entwicklung des Voice Cloning durch Deep-Learning-Modelle vereinfacht, da nun menschliche Stimmen realistisch imitiert werden können, auch wenn dafür nur wenige Daten verfügbar sind. Durch Voice Cloning können personalisierte Inhalte erstellt werden, es könnten aber auch gezielt Falschinformationen verbreitet werden. Christoph Bieber warnt daher: „Die Integration von KI-Inhalten wird den Wahlkampf nicht revolutionieren, aber die Identifikation authentischer Inhalte erheblich erschweren.“ Die steigende Unterinformation, die sich in westlichen Gesellschaften abzeichnet, erfordere Medienkompetenz und Fact-Checking. „Es ist ein Wettrennen, bei dem Fälscher oft im Vorteil sind.“

Fest steht: Die digitale Transformation des politischen Campaignings ist nicht aufzuhalten – einerseits ermöglicht das direkte Kommunikation zwischen Politik und Bürger_innen, andererseits birgt der Trend Gefahren für Demokratien. Yussi Pick: „Es gibt die Notwendigkeit, gesellschaftlich einen gemeinsamen Blick auf dieses Problem zu entwickeln, selbst wenn es unterschiedliche Lösungsansätze gibt.“ Eine stärkere Regulierung, insbesondere bei Algorithmen, und mehr Transparenz seien unumgänglich. Ähnliches fordert Peter Plaikner: „Die Einflussnahme durch russische Bots, die in der Vergangenheit bereits zu Annullierungen von Wahlen führte, sollte ein Weckruf für entschlossene Maßnahmen sein.“ Eine neue, umfassende Medienregulierung auf EU-Ebene sei erforderlich, um Social Media stärker in die Verantwortung zu nehmen. Er fordert für Österreich unter anderem Bildungsinitiativen, insbesondere zur Medien- und politischen Bildung. Die klassischen Medien müssten sich selbst überlegen, wie sie ihre Position stärken können, ergänzt Alexandra Siegl: „Politik kann den Menschen nicht vorschreiben, eine bestimmte Zeitung zu lesen und Facebook zu meiden. Gerade junge Menschen informieren sich heute ja vorrangig online.“ ■



PETER PLAIKNER

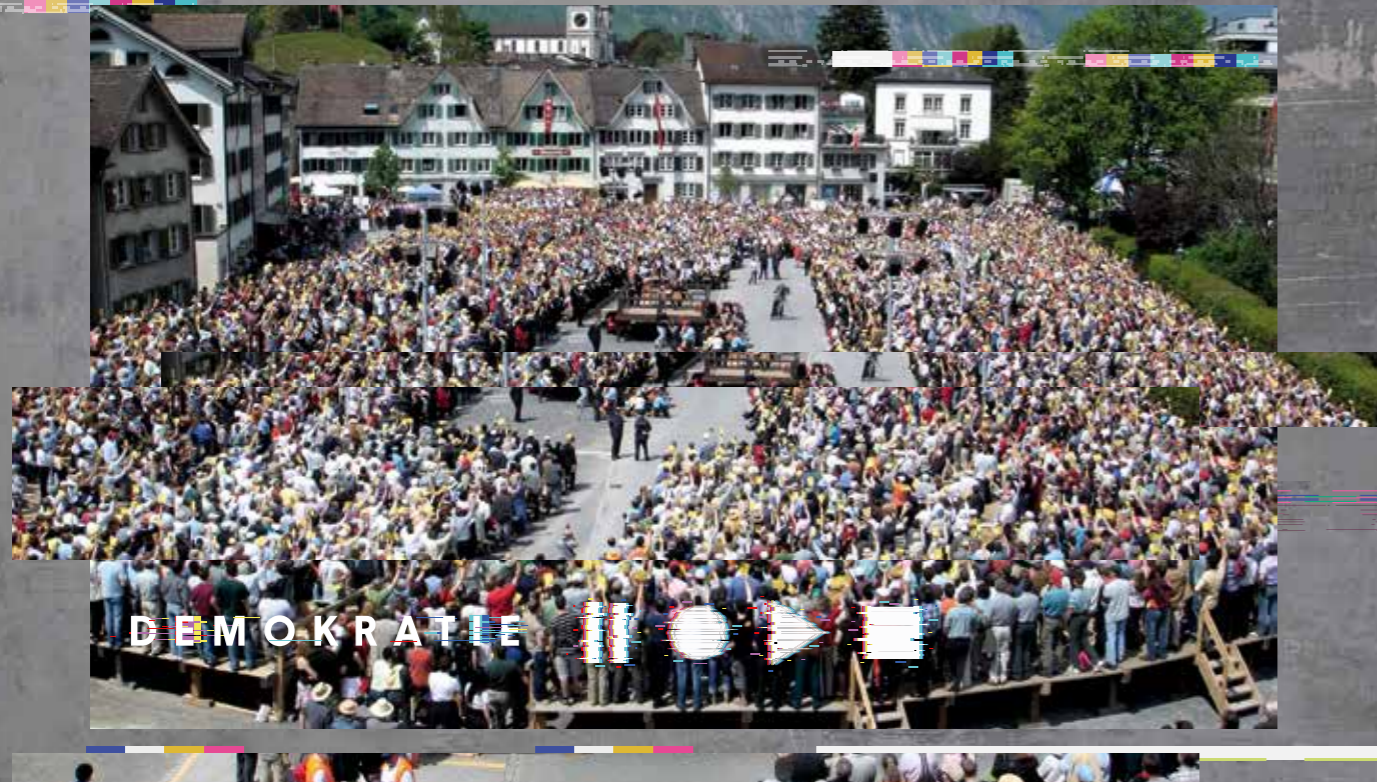
Peter Plaikner führt die
Beratungsfirma IMPact
(Institut für Medien und
Politik) und ist Kolumnist
(„Kleine Zeitung“, „SN“,
„OÖN“, „News“, „Furche“).
Er war Chefredakteur
einer Tageszeitung und
externer Lehrgangs-
manager an der Univer-
sität für Weiterbildung
Krems.



YUSSI PICK

Kampagnen- und Kom-
munikationsberater Yussi
Pick berät als Managing
Partner der P&B Agentur
für Kommunikation
Unternehmen und
Organisationen. Er war
im Digital Organizing
Team der Kampagne
von Hillary Clinton und
wurde u. a. mit dem
Deutschen Politik Award
ausgezeichnet.

OBJEKTE DER DEMOKRATIE



Landsgemeinde Kanton Glarus, 2014

Für ihre direkte Demokratie ist die Schweiz bekannt. In zwei Kantonen erfolgt bis heute die Abstimmung in der sogenannten Landsgemeinde, wie am Bild 2014 im Schweizer Kanton Glarus. Die Landsgemeinde ist die verfassungsgemäße, an einem bestimmten Tag unter freiem Himmel und mit feierlichem Zeremoniell abgehaltene Versammlung der stimmbfähigen Einwohner, an der über Sachgeschäfte abgestimmt wird und Behörden gewählt werden. Daneben gibt es Bezirks- und Talgemeinden.

Auf der Suche nach mehr Demokratie

In vielen Ländern ist die Demokratie auf dem Rückzug. Können Länder wie die Schweiz als Inspiration für andere dienen? Ja – doch einfach kopieren lassen sich politische Institutionen nicht.

Von Lukas Leuzinger

In Deutschland fordert die AfD in ihrem Wahlprogramm direkte Demokratie „nach Schweizer Vorbild“. Auch die FPÖ möchte Volksabstimmungen einführen. Doch haben diese Parteien das Schweizer Modell wirklich verstanden? Wer genau hinschaut, sieht nämlich, dass das schweizerische politische System nicht allein aus direkter Demokratie besteht, sondern diese eingebettet ist in ein austariertes System von Machtkontrolle und Machtteilung.

Dennoch stellt sich die Frage, ob und wie das Schweizer Modell auf andere Staaten übertragen werden könnte. Der Vergleich verschiedener Demokratien und die Identifikation ihrer Stärken tun insbesondere deshalb not, weil vielerorts ein Rückschritt der Demokratie zu beobachten ist. Gemäß dem jüngsten Bericht des Projekts Varieties of Democracy leben inzwischen mehr Menschen in Ländern, die autokratischer werden, als in solchen, die demokratischer werden. „Wir sehen eine Autokratisierung, nicht nur in Demokratien, sondern auch in bereits autoritären Systemen“, sagt Cengiz Günay vom Österreichischen Institut für internationale Politik.

Diese Tendenz unterstreichen qualitative Untersuchungen. Bálint Madlovics und sein Team am CEU Democracy Institute in Budapest haben die politischen Systeme in postkommunistischen Ländern verglichen und verschiedene Muster identifiziert und in einem Rahmen in der Form eines Dreiecks klassifiziert. Ein Pol stellt die liberale Demokratie dar, einer die patronale Autokratie und einer die kommunistische Diktatur. Dazwischen gibt es weitere Typen, etwa die patronale Demokratie (zwischen liberaler Demokratie und patronaler Autokratie).

Verschiedene postkommunistische Länder haben sich in Richtung einer patronalen Demokratie bewegt oder gar in eine patronale Autokratie verwandelt, wie die Forschung von Madlovics zeigt. „Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion glaubten die meisten Politikwissenschaftler, dass die befreiten Länder zu liberalen Demokratien werden würden. Um die Jahrtausendwende merkten sie jedoch, dass dies weniger leicht sein könnte als gedacht.“ Verschiedene Länder hätten zwar formell demokratische Institutionen etabliert, mit Parlamenten, Mehrparteiensystemen, Wahlen und Verfas- >>



BÁLINT MADLOVICS

MA Bálint Madlovics ist Junior Research Fellow am Democracy Institute der Central European University in Budapest. Der Politikwissenschaftler, Ökonom und Soziologe forscht zur Demokratisierung von postkommunistischen Ländern.



DANIEL BOCHSLER

Daniel Bochsler ist Associate Professor für Politikwissenschaft an der Central European University und Professor an der Universität Belgrad. Er forscht zu politischen Institutionen, Wahlen und Parteien.

sungsgerichten. Doch hinter der Fassade versteckte sich oft autokratische Politik.

Madlovics betont die Rolle informeller Strukturen. „Man sollte nicht nur auf formelle Institutionen fokussieren.“ In Ländern wie der Ukraine, Rumänien oder Bulgarien gehe es in der Politik nicht um politische Parteien, die im Wettbewerb miteinander stünden. An der Oberfläche gebe es politische Parteien, doch hinter diesen Parteien dominierten informelle politisch-wirtschaftliche Netzwerke. „Sie streben danach, Macht an sich zu reißen und die Staatsmacht zu nutzen, um Ressourcen anzuhäufen.“

In den zentraleuropäischen und baltischen Staaten sei die Demokratisierung im Allgemeinen erfolgreicher verlaufen. „Sie hatten ein schwächeres Erbe, was solche informellen Strukturen betrifft.“

„Es gibt nicht eine schweizerische Demokratie. Das politische Modell besteht aus verschiedenen Pfeilern.“

Daniel Bochsler

Widerstandsfähige Institutionen

Außerdem betont Madlovics die Bedeutung von Institutionen, die patronale Netzwerke daran hinderten, dominant zu werden. Eine davon ist eine geteilte Exekutive mit einem Präsidenten und einem Ministerpräsidenten, die unabhängig voneinander gewählt werden. Womöglich noch wichtiger aus Sicht von Madlovics ist ein proportionales Wahlsystem. „In einem solchen ist es sehr schwierig, eine Monopolstellung zu erhalten.“ In Ungarn änderte Viktor Orbán das Wahlsys-

tem, so dass es weniger proportional wurde. Daraufhin gewann seine Partei Fidesz bei den Wahlen 2014 mit 45 Prozent der Stimmen fast zwei Drittel der Parlamentssitze.

Eine weitere Beschränkung der Macht ist Dezentralisierung. „In Polen versuchte Kaczyński, eine Autokratie aufzubauen, scheiterte aber. Einer der wichtigsten Gründe waren die starken Lokalregierungen, die ihre eigenen Einnahmen haben. Dadurch sind sie nicht von der Zentralregierung abhängig.“ Diesbezüglich könne auch die Schweiz ein Modell sein.

System der Machtteilung

Tatsächlich zeichnet sich das schweizerische politische System durch Institutionen aus, die Macht teilen. Direkte Demokratie wirkt zwar auf den ersten Blick als ziemlich grobes Mittel der Dominanz der Mehrheit. Doch bei genauerem Hinsehen ist sie ein Instrument, das den Bürgern erlaubt, die Mächtigen zu kontrollieren, ihre Interessen zu artikulieren und Veränderungen anzustoßen. Zudem wirkt direkte Demokratie in der Praxis so, dass sich immer wieder andere Gruppen finden und Allianzen bilden. Keine Gruppe kann alleine dauerhaft die Politik bestimmen.

Die direkte Demokratie wird außerdem ergänzt durch ein ausgeklügeltes System der Machtteilung. In der siebenköpfigen Regierung sind die vier größten Parteien gemäß ihrer Wählerstärke vertreten. Auch auf eine ausgeglichene Zusammensetzung nach Sprachen und geografischer Herkunft wird geachtet. Bevor die Regierung ein Gesetzesprojekt ins Parlament schickt, hört sie alle wichtigen Interessengruppen im Rahmen des sogenannten Vernehmlassungsverfahrens an.

Hinzu kommt eine Teilung der Macht in vertikaler Hinsicht. Im föderalen Schweizer System haben die Kantone (und Gemeinden) ausgeprägte Autonomie und Mitspracherechte – auch wenn das Gewicht des Bundes in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker geworden ist.

Der Schweizer Politikwissenschaftler Daniel Bochsler von der Central European University in Wien betont deshalb: „Es gibt nicht eine schweizerische Demokratie. Das politische Modell besteht aus verschiede-

nen Pfeilern.“ Entsprechend muss man aus seiner Sicht differenzieren, wenn es darum geht, die Schweiz zum Vorbild zu nehmen. Dennoch ist er überzeugt, dass andere Länder von den Erfahrungen der Schweiz lernen können.

„Man kann Demokratie nicht exportieren, aber man kann den ‚Spirit‘ der Demokratie exportieren.“

Cengiz Günay

Das ist mancherorts bereits geschehen, gerade in Ländern, die tiefe ethnische, sprachliche oder religiöse Gräben aufweisen oder gar einen Bürgerkrieg erlebt haben. So berieten Schweizer Diplomaten in Nepal oder Sudan die Konfliktparteien bei der Ausarbeitung einer Verfassungsordnung, die nach den dortigen Konflikten Stabilität und Kompromisse befördern sollte. Simples „Copy-Paste“ von Institutionen, die in der Schweiz funktionieren, sei dabei kein erfolgversprechender Weg. „Der Kontext ist entscheidend für eine Verfassungsordnung“, so Bochsler. In der Schweiz habe sich eine politische Kultur entwickelt, die auf Kompromiss und Machtteilung ausgelegt sei. Dennoch ist er überzeugt: „Die Schweiz könnte viel mehr machen, um sich dem ‚democratic backsliding‘ entgegenzustellen.“

Beschränkt exportierbar

Cengiz Günay ist skeptischer. Demokratie müsse wachsen aus etwas heraus. Die Schweiz sei ein Sonderbeispiel, hier sei die direkte Demokratie etabliert. „Doch mit Desinformation und populistischen Instrumenten kann die direkte Demokratie miss-

braucht werden, um die Mehrheitsmeinung in die eine oder andere Richtung zu lenken.“ Er glaube deshalb nicht, dass direkte Demokratie eine Lösung für die Krise der Repräsentation sein könne. Für Günay ist klar: „Man kann Demokratie nicht exportieren, aber man kann den ‚Spirit‘ der Demokratie exportieren.“

Auch Bálint Madlovics sagt, dass autokratische Herrscher Volksabstimmungen dazu nutzen können, um die eigene Macht auszubauen. Dennoch könnten Referenden die Demokratie auch befördern. „Zu den Kernprozessen einer liberalen Demokratie gehört die öffentliche Beratschlagung. Direkte Demokratie kann diesen Prozess stärken.“

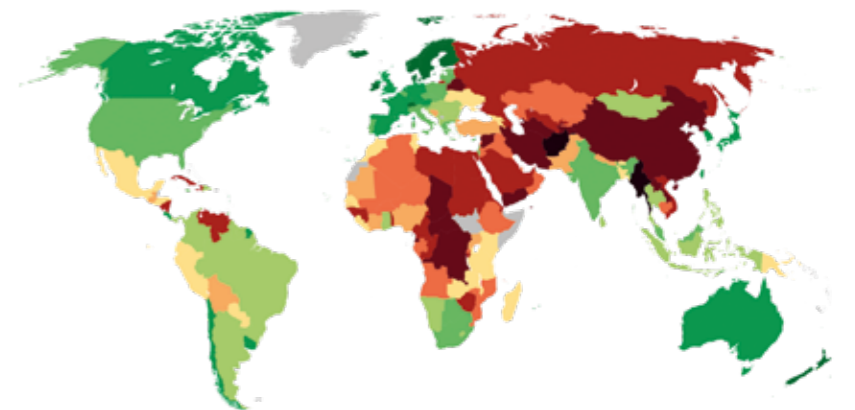
Wer also demokratische Modelle der Schweiz oder anderer Staaten zum Vorbild nehmen möchte, sollte berücksichtigen, dass diese stets in einen Kontext eingebettet sind. Und dass nicht nur formelle Institutionen wichtig sind, sondern auch die politische Kultur. Und diese lässt sich nicht einfach so kopieren. ■

Lukas Leuzinger ist stv. Chefredaktor der Zeitschrift „Schweizer Monat“



CENGIZ GÜNAY

Dr. Cengiz Günay ist Direktor des Österreichischen Instituts für internationale Politik (OIIP) und Lektor an der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Demokratieentwicklung, Islamismus und EU-Nachbarschaftspolitik.



Verbreitung der Demokratie als Regierungsform gemäß dem Demokratieindex des „Economist“ von 2022: Je grüner, desto „demokratischer“, je röter, desto autoritärer ist der Staat. Vergleichbare Demokratiebewertungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

Quelle: Demokratieindex des „Economist“ von 2022

OBJEKTE DER DEMOKRATIE



DEMOKRATIE

Session Österreichischer Verfassungsgerichtshof, 2016

Viermal im Jahr, dreieinhalb Wochen lang, tagt der Österreichische Verfassungsgerichtshof. Für seine 14 Mitglieder sind diese Sessions Phasen sehr intensiver Arbeit und Debatte. Als Höchstgericht hat der VfGH gemäß Bundesverfassung die alleinige Zuständigkeit für die Prüfung der Verfassungskonformität von Gesetzen. Er garantiert u. a. die Grundrechte Einzelner gegenüber dem Staat, ist „Hüter der Verfassung“ und damit wichtige Säule der Demokratie. (Bild: Session im Jahr 2016 unter dem damaligen VfGH-Präsident Gerhart Holzinger)

Mächtige Säulen der Demokratie

Verfassungsgerichte schützen die Demokratie vor autoritären Strömungen. Doch zuletzt mehrten sich auch liberale Stimmen, die die zunehmende Machtfülle der europäischen Höchstgerichte kritisch sehen.

Von Jakob Pflügl

Egal ob man nach Polen sieht, nach Ungarn, ins Peru der 1990er-Jahre oder ins Venezuela der 2000er-Jahre: Wenn autoritäre Strömungen ihre Macht zementieren und die Demokratie Schritt für Schritt aushöhlen, dann nehmen sie zuerst stets die unabhängigen Höchstgerichte ins Visier. Die Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt ziehen in ihrem Bestseller „Wie Demokratien sterben“ einen bildhaften Vergleich: Wer in einem Fußballmatch den Gegner in Schach halten und das Spiel nach seinen eigenen Regeln gestalten will, der muss zunächst das Schiedsrichterteam unter seine Kontrolle bringen.

Beispiele dafür gibt es viele: Als Viktor Orbán im Jahr 2010 an die politische Spitze Ungarns zurückkehrte, vergrößerte er das Verfassungsgericht kurzerhand von elf auf 15 Richter_innen und nutzte den Ernennungsmodus, um Richter_innen auszuwählen, die seiner Partei nahestehen. Im Jahr 2015 weigerte sich die damalige polnische PIS-Staatsführung, drei bereits vom Parlament bestellte Höchstrichter_innen zu vereidigen und berief stattdessen eigene Kandidat_innen ins Gericht. Alberto Fujimori, Perus Präsident der 1990er-Jahre, ließ Höchstrichter_innen wegen angeblicher Dienstverfehlungen ihres Amtes entheben. Und der venezolanische Staatschef Hugo Chávez wies seine Nationalver- >>



ANNA GAMPER

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Anna Gamper ist stellvertretende Leiterin des Instituts für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre an der Universität Innsbruck und Ersatzrichterin des Staatsgerichtshofs des Fürstentums Liechtenstein. Sie forscht zum österreichischen Verfassungsrecht und zu Verfassungsvergleichen.



ANGELIKA NUSSBERGER

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ h. c. Angelika Nussberger leitet die Akademie für europäischen Menschenrechtsschutz in Köln. Von 2011 bis 2020 war sie Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Seit 2020 ist sie Richterin am Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina, seit 2024 als Vizepräsidentin.

sammlung im Jahr 1999 an, überhaupt gleich einen neuen Gerichtshof zu gründen.

Das Playbook autokratischer Strömungen ist kein Zufall. Oberste Gerichte und Verfassungsgerichte sind meist mit einer enormen Machtfülle ausgestattet – und das macht sie zu natürlichen Feinden autokratischer Parteien. „Neben der Befugnis, verfassungswidrige Gesetze aufzuheben, können sie für autokratische Regierungen auch über Amtsenthebungsverfahren gefährlich werden“, erklärt Anna Gamper, Professorin für Verfassungsrecht an der Universität Innsbruck und Ersatzrichterin am Staatsgerichtshof in Liechtenstein. Gerichte sollten sich laut Gamper nicht als politische Opposition verstehen – das sei nicht ihre Aufgabe. „Wenn Parlamente verfassungswidrige Gesetze beschließen, kommt Verfassungsgerichten aber zwangsläufig eine oppositionelle Rolle zu, weil sie der Verfassung verpflichtet sind“, sagt Gamper.

„Gerichte sollten sich nicht als politische Opposition verstehen. Das ist nicht ihre Aufgabe.“

Anna Gamper

Zu viel Macht?

Verfassungsgerichte sind für liberale Demokratien schon immer essenziell. In den vergangenen 30 Jahren haben sie in West- und Osteuropa allerdings noch einmal zusätzlich an Bedeutung gewonnen – so sehr, dass zuletzt sogar liberale Stimmen laut

wurden, die die Machtfülle der Institutionen kritisch sehen. Philip Manow, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen, warnte in seinem Buch „Unter Beobachtung“ etwa vor einer „Konstitutionalisierung der Demokratie“, die zu einer „Einengung der Politik“ führe. In der liberalen Demokratie hätten Wahlen laut Manow an Bedeutung verloren, weil Gerichte enge Grenzen für die Politik festsetzen würden. Wenn aber Höchstgerichte den Spielraum demokratisch gewählter Parlamente zu sehr beschränken, dann führe das dazu, dass Wähler_innen das Vertrauen in den Parlamentarismus verlieren. Wer das Gefühl habe, die eigene Stimme könne nichts ändern, wende sich populistischen Parteien zu oder gleich ganz von der Demokratie ab.

Konkret diskutiert wurde diese Thematik zuletzt nach zwei aktuellen Urteilen europäischer Höchstgerichte. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) stellte vergangenes Jahr klar, dass Frauen aus Afghanistan – vereinfacht gesagt – jedenfalls Anspruch auf Asyl haben. Die ehemalige Präsidentin des österreichischen Obersten Gerichtshofs, Irmgard Griss, bezeichnete die Entscheidung zwar als „konsequent“ im Sinne der bisherigen Rechtsprechung, allerdings müssten Höchstgerichte künftig stärker auf die „Einstellung in der Bevölkerung“ eingehen. Andernfalls werde das Vertrauen in die Rechtsprechung und das Ansehen der Gerichte beschädigt.

Das zweite kritisierte Urteil ging vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) aus. Er entschied, dass Klimaschutz als Menschenrecht gilt, und verpflichtete die Schweiz dazu, mehr Emissionen einzusparen. Aus der Schweiz tönte der Vorwurf, die Entscheidung würde demokratische Spielräume zu weit einschränken. Auch Angelika Nussberger, Professorin an der Universität zu Köln und ehemalige EGMR-Richterin, sieht die Entscheidung kritisch. Der Gerichtshof habe eine Beschwerde von Klimaaktivist_innen für zulässig erklärt, die er laut der Expertin für unzulässig hätte erklären müssen, wenn er seiner bisherigen Rechtsprechung gefolgt wäre. Stattdessen habe der Gerichtshof speziell für Klimaklagen neue Kriterien aufgestellt. „Das war aus meiner Sicht keine

Rechtsanwendung, sondern pragmatische Rechtsschöpfung“, meint Nußberger.

Schutz der Minderheit

Laut Fachleuten kommt es nicht von ungefähr, dass gerade die beiden aktuellen Urteile für Kritik sorgen. „Wenn Höchstgerichte aktive Pflichten der Staaten formulieren, greift das natürlich stärker in die gesetzgeberische Tätigkeit ein als beim klassischen Verständnis von Menschenrechten als Abwehrrechte“, sagt Gabriel M. Lentner, Assoziierter Professor für Inter-

„Es darf nicht von der Tagespolitik abhängig sein, wie weit ein Menschenrecht reicht.“

Gabriel M. Lentner

nationales Recht an der Universität für Weiterbildung Krems. „Urteile werden aber nicht im luftleeren Raum gefällt. Der EGMR sagt, dass Menschenrechte nicht theoretisch bleiben dürfen, sondern praktisch wirksam sein müssen. Und dafür braucht es eben aktive Pflichten der Staaten.“

Dass sich die Gerichtshöfe dabei zu viel Spielraum herausnehmen und sich völlig von den politischen Verhältnissen abkoppeln, glaubt Lentner nicht. Zwar sollten Gerichte zu einem gewissen Grad gesellschaftliche Entwicklungen widerspiegeln. In der unabhängigen Gerichtsbarkeit gehe es aber gerade nicht darum, Mehrheitsmeinungen abzubilden, sondern darum, die Rechte Einzelner zu schützen. „Es darf nicht von der Tagespolitik abhängig sein, wie weit ein Menschenrecht reicht“, betont Lentner. Ähnlich formuliert es die ehemalige EGMR-Richterin Nußberger: „Der

Fotos: Gamper © privat; Nussberger © Pascal Büning; Lentner © AndreeReischer



GABRIEL M. LENTNER

Ass.-Prof. Dr. Gabriel M. Lentner ist stv. Leiter des Departments für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen der Universität für Weiterbildung Krems, wo er den Fachbereich „Internationales Recht und Alternative Streitbeilegung“ leitet. Er ist seit 2014 Fellow an der Stanford Law School.

Schutz der Menschenrechte kann gerade auch bedeuten, sich ‚gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen‘ entgegenzustellen, wenn sie in die falsche Richtung gehen.“

Demokratisch legitimiert

Lentner und Nußberger weisen zudem auf einen Umstand hin, den Kritiker_innen von Höchstgerichten mitunter übersehen. Gerichte sind in den allermeisten Fällen nicht fernab der politischen Realität verortet, sondern sehr wohl demokratisch legitimiert – auch der EuGH und der EGMR. Schließlich werden Höchststrichter_innen von gewählten Institutionen wie Parlamenten, Regierungen oder Staatsoberhäuptern jeweils für eine bestimmte Amtszeit ernannt.

In Sachen Unabhängigkeit ist das freilich ein zweischneidiges Schwert: Auf der einen Seite können demokratische Mehrheiten über die Auswahl der Richter_innen zumindest indirekt Einfluss auf die Rechtsprechung ausüben. Andererseits besteht die Gefahr der politischen Vereinnahmung. Aus Sicht von Rechtsprofessorin Gamper kommt man um die Bestellung der Richter_innen durch Parlamente oder Regierungen allerdings kaum herum. Die demokratische Legitimation sei für das Vertrauen in die Höchstgerichte essenziell. Ansetzen solle man jedoch bei den notwendigen Qualifikationen für das Amt, bei Regeln zur Unvereinbarkeit und bei mehr Transparenz im Auswahlverfahren.

Eine absolute Garantie dafür, dass Höchstgerichte nicht irgendwann in den Strudel autokratischer Strömungen wie in Ungarn, Polen, Peru oder Venezuela geraten, gibt es nicht. Die Gesellschaft kann aber Vorkehrungen treffen. Laut Gamper sollten die Grundregeln von Verfassungsgerichten in der Verfassung selbst verankert sein, zum Beispiel die Anzahl der Richter_innen und deren Amtsdauer. In Österreich war das schon bisher der Fall, in Deutschland hat man eine entsprechende Reform mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit gegen die Stimmen der AfD kürzlich nachgeholt – rechtzeitig vor der Bundestagswahl im Februar 2025. ■

Jakob Pflügl ist Journalist der Tageszeitung „Der Standard“

OBJEKTE DER DEMOKRATIE



MUELLER-DIVJAK, Installation „The Austrian Democracy Lab – Fragrance Edition“

Gibt es eine Vorherrschaft der Sinne in unserer Wahrnehmung? Wo in der Demokratie der Sinne würde der Geruch stehen? Diese Fragen stellte sich das Künstler_innen-Duo MUELLER-DIVJAK mit seiner Installation „The Austrian Democracy Lab – Fragrance Edition“. Woke Water, Moral Grandstanding, Humanista, Solastalgia, Toxic Masculinity oder Acqua Coloniale: Welcher Duft hätte das Sagen und was verbindet sie?

Foto: Renate Nakowitz, Mueller/Divjak

Maskierte Konflikte

Wissenschaftliche Erkenntnisse sind heute allgegenwärtig in der Politik. Warum Wissenschaft und Demokratie einander brauchen – aber auch klar getrennt werden müssen.

Von Miguel de la Riva

Blicken wir auf die inzwischen überstandene Covid-19-Pandemie oder die sich immer weiter zuspitzende Klimakrise, wird klar: In vielen politischen Debatten sind wissenschaftliche Erkenntnisse heute allgegenwärtig. Oft scheinen sie geradezu Handlungszwänge aufzuzeigen, denen nachzukommen Demokratien schwerfällt – sei es beim Tragen von Masken, sei es bei der immer dringlicheren Reduktion von Treibhausgasen. Kein Wunder also, dass viele Aktivist_innen heute fordern: „Follow the science!“ Muss demokratische Politik wissenschaftlicher werden?

„Es gibt wichtige Gemeinsamkeiten zwischen Wissenschaft und Demokratie, etwa mit Blick auf geteilte Grundwerte wie Offenheit, Vielfalt und kritischen Diskurs“, sagt Elmar Pichl, der seit zwölf Jahren die Hochschulsektion im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung leitet. Zudem sei beiden die Prozesshaftigkeit eigen – weder in der Wissenschaft, noch in der Demokratie gebe es letztgültige Ergebnisse, sondern alles werde immer wieder neu auf den Prüfstand gestellt. Und doch: „Die letzten Jahre – auch im Kontext der Covid-Krise – haben gezeigt, dass die Wissenschaft alleine keine politischen Entscheidungen treffen kann und sich die Politik durch Wissenschaft nicht entledigen kann, ihre Entscheidungen selber zu treffen.“

Denn laut Pichl folgen Wissenschaft und Demokratie einer je eigenen Logik: „Die Wissenschaft kommt über Argument und Evidenz zu Erkenntnis, die Demokratie kommt mit Argument und Konsens zu Entscheidungen.“ Selbst wenn eine Faktenlage eindeutig scheinen mag – denn auch in der Wissenschaft kommt es vor, dass dieselben Phänomene unterschiedlich gesehen werden –, stets blieben viele noch zu tref- ➤



ELMAR PICHL

Der Jurist Mag. Elmar Pichl ist Leiter der Hochschulsektion im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Er war davor u. a. für die Universität Graz und das World University Service Austria tätig.



ALEXANDER BOGNER

PD Dr. Alexander Bogner arbeitet an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften am Institut für Technikfolgenabschätzung. Er ist habilitierter Soziologe mit Schwerpunkt in den Bereichen Wissenschaft, Technik und Umwelt.

fende Entscheidungen offen. So klar es etwa ist, dass wir den Treibhausgasausstoß reduzieren müssen, so umstritten bleibt zugleich, was das konkret für das Energieverbrauchs- und Mobilitätsverhalten bestimmter Menschen oder die Abwägung von umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen bedeutet, so Pichl.

Wissenschaftliche Erkenntnisse könnten zwar dabei helfen, politische Entscheidungen besser zu begründen und so für sie zu werben. Die Suche nach Konsens und Mehrheiten, wie es bei demokratischen Entscheidungen unabdingbar ist, können sie aber nicht ersetzen, sagt Pichl: „Die Bewegungen, die sich unter ‚follow the science‘ versammeln, sind keine wissenschaftlichen Bewegungen, sondern politische Bewegungen – sie werben für eine bestimmte Politik, in ihrem Fall eine, die stärker auf wissenschaftliche Evidenzen schaut.“

Epistemisierung des Politischen

Für die Maskierung politischer Konflikte als Konflikt von Wissensansprüchen hat Alexander Bogner den Ausdruck der „Epistemisierung des Politischen“ geprägt. Der Wissenschaftssoziologe von der Österrei-

„Die Wissenschaft kommt über Argument und Evidenz zu Erkenntnis, die Demokratie kommt mit Argument und Konsens zu Entscheidungen.“

Elmar Pichl

chischen Akademie der Wissenschaften meint, dass es angesichts der großen Bedeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse für viele politische Fragen manchmal so scheint, „als ob es nur darum geht, das bessere Wissen zu mobilisieren, weil auf dieser Grundlage dann auch klar wäre, welche politische Position sich durchzusetzen hat“. Tatsächlich jedoch gehe es in der politischen Auseinandersetzung um normative Zielkonflikte, die nicht allein durch wissenschaftliche Erkenntnisse entscheidbar sind, etwa wie Freiheit und Gesundheit in einer Pandemie auszubalancieren sind.

In einer pluralistischen Gesellschaft, in der in solchen heiklen Wertfragen oft kein Konsens herrscht, müsse demokratische Politik nach einem Ausgleich konfligierender Werte, Weltanschauungen und Interessen suchen. Doch wenn sich die Auseinandersetzung darauf beschränkt, Gutachten und Gegengutachten gegeneinander in Stellung zu bringen, werden die Wertekonflikte von einem Wettbewerb darum verdrängt, wer das beste Wissen aufbieten kann. „Follow the science“ sieht Bogner in diesem Sinne zweischneidig: So klar es ist, dass demokratische Entscheidungen im Lichte des maßgeblichen Sachstandwissens erfolgen sollen, so sehr sei es ein Missverständnis, die Politik habe nichts mehr zu tun, wenn die Wissenschaft gesprochen habe.

Wissensbegründeter Handlungszwang

Doch kennen nicht auch in einer pluralistischen Gesellschaft Wertekonflikte Grenzen? Gibt es nicht Situationen, in denen wissenschaftliche Erkenntnisse insoweit Handlungszwang begründen, als Werte zur Disposition stehen, die wir für nicht diskutierbar halten? So können wir doch nicht ernsthaft darüber sprechen, ob jemand das Recht hat, andere aus bloßer Fahrlässigkeit mit einer gefährlichen Krankheit anzustecken. Bogner gesteht zu: Gewisse Krisensituationen könnten durchaus ein geradezu expertokratisches Regieren erforderlich machen, so wie etwa zu Beginn der Pandemie. Doch gerade auch dann, wenn es um Werte geht, die wir nicht für verhandelbar halten, ist es wichtig, Wertekonflikte als solche auszutragen – nicht zuletzt um jene zu entlarven, die mit Scheinwissen in die Öffentlichkeit

treten, anstatt sich offen zu den dahinterstehenden, oft höchst fragwürdigen normativen Positionen zu bekennen.

Doch so wichtig es ist, Werte- und Wissenskonflikte auseinanderzuhalten – wie die Politikwissenschaftlerin Karin Bischof von der Universität für Weiterbildung Krems unterstreicht –, die Demokratie braucht auch die Wissenschaft. Sie verweist als Beispiel

„So klar es ist, dass demokratische Entscheidungen im Lichte des maßgeblichen Sachstandwissens erfolgen sollen, so sehr ist es ein Missverständnis, die Politik habe nichts mehr zu tun, wenn die Wissenschaft gesprochen hat.“

Alexander Bogner

auf die guten wissenschaftlichen Belege dafür, dass Deutschklassen in Bildungseinrichtungen für den Erwerb von Deutschkenntnissen bei Kindern und Jugendlichen nicht günstig sind. Werden solche Erkenntnisse ignoriert, ist das ein Problem, weil es so zu Ineffizienz kommt: Demokratische Politik erreicht ihre ausdrücklichen Ziele nicht so gut, wie sie diese erreichen könnte, würde sie die wissenschaftlichen Erkennt-

nisse berücksichtigen. Mit ihren Erkenntnissen stellen die Wissenschaften insoweit eine essenzielle Ressource für eine gelingende demokratische Streitkultur zur Verfügung, so Bischof.

Dieser Aufgabe in der Demokratie kann die Wissenschaft besser nachkommen, wenn sie auch in sich demokratischer verfasst ist. Bischof hat dabei vor allem prekäre Arbeitsbedingungen und starre Hierarchien im Blick: Wenn zahllose Menschen im Wissenschaftssystem befristet beschäftigt sind und viele nach jahrzehntelanger Berufstätigkeit ausscheiden müssen, weil es keine langfristigen Perspektiven gibt, gingen Ressourcen, Erfahrungen und Synergien verloren. Zudem werde so das langfristige und interdisziplinäre Arbeiten behindert, welches angesichts vieler einander überlagernder und sich gegenseitig verstärkender Probleme essenziell sei.

Wissenschaft braucht Freiheit

Umgekehrt braucht aber auch die Wissenschaft die Demokratie, um zu gedeihen. Bogner bringt ihre Beziehung so auf den Punkt: „Die Demokratie ist konstitutiv auf die Wissenschaft angewiesen ebenso wie die Wissenschaft ihrerseits auf die Demokratie.“ Zwar gibt es erfolgreiche Wissenschaft auch in Einparteien-Regimen wie China. Doch historische Beispiele zeigen, welche katastrophalen Folgen die Missachtung der Wissenschaftsfreiheit haben kann, wie sie in autoritären Regimen an der Tagesordnung ist.

Bogner nennt dabei etwa den Lyssenkoismus, eine Vererbungslehre, die in der Sowjetunion unter Stalin an Einfluss gewann, weil sie sich an den ideologisch erwünschteren Lehren Lamarcks und nicht jenen Darwins orientierte. Mit der irrigen Lehre versuchte man, bestimmte Kulturpflanzen so zu züchten, dass sie etwa auch in Sibirien angebaut werden könnten – was scheiterte und Hungersnöte mit Millionen von Toten zur Folge hatte. „Vor solcher Politisierung scheint die liberale Demokratie die Wissenschaft am besten schützen zu können“, sagt Bogner. Zugleich zeige das Beispiel, wie wichtig es ist, dass sich auch die Politik am besten verfügbaren Wissen orientiert. ■



KARIN BISCHOF

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Karin Bischof hält die Universitätsprofessur für Europapolitik und Demokratieforschung an der Universität für Weiterbildung Krems, wo sie das gleichnamige Department leitet. Davor war sie unter anderem als Assistenzprofessorin an der Hebrew University und als Associate Professor an der Universität Wien tätig.



Buchtipps:
Alexander Bogner
Die Epistemisierung
des Politischen
Reclam Verlag, 2021

OBJEKTE DER DEMOKRATIE



House of Commons, UK

Für enorme Lebendigkeit der Rede und Debatte sorgt die rechteckige Anordnung des britischen Unterhauses, des House of Commons. Regierungslager und Opposition sitzen sich frontal gegenüber, die Frontbänke haben einen Abstand von zwei Schwertlängen, ein Relikt aus Zeiten weniger friedlicher Auseinandersetzungen. Heute zählt allein das Wort als Instrument der Überzeugung. Das englische Parlament besteht seit 1264, jenes des Vereinigten Königreichs seit 1801. Es ist damit eines der ältesten Parlamente.

Wie uns Konfliktbilder prägen

*Demokratie und ihre Konflikte stellen sich über Bilder dar, als Sprachmetaphern und stereotype Visualisierungen. Diese Botschaften zu verstehen und deuten zu können, sieht die Kulturwissenschaftlerin **Christina Hainzl** als relevant.*

Von Heike Hausensteiner

upgrade: *Zwischen Bildern, Politik und Gesellschaft bestehen Wechselwirkungen, die Sie wissenschaftlich untersuchen. Welche konkreten Forschungsergebnisse können Sie da nennen?*

Christina Hainzl: Meine Arbeit ist inter- und transdisziplinär geprägt. Ich beschäftige mich mit den verschiedenen Aspekten der Visualisierung von Konflikten sowohl in demokratischen als auch autoritären Systemen, mit der Rolle von (bewegten) Bildern und Monumenten in Kriegen, deren Wirkung und Wahrnehmung in Medien und auch deren Rolle bei sozialen und ökologischen Herausforderungen.

Im Mai erscheint etwa ein Buch in Kooperation mit dem Center for Environmental Humanities der Universität Ca' Foscari in Venedig, wo es darum geht, wie sich ökologische Konflikte in Bildern und Filmen manifestieren.

Wir arbeiten gerade an einer Publikation zum Thema Wahrnehmung der Konflikte im Nahen Osten und deren Auswirkungen auf

die Demokratie in Europa. Kriege wie in der Ukraine und im Nahen Osten werden heute auch als Informationskriege geführt, das ist für die Wahrnehmung und Einschätzung von Konflikten von essenzieller Bedeutung. Am aktuellen Konflikt im Nahen Osten sieht man, wie sehr Bilder die Stimmung in Europa geprägt und zu Massenprotesten geführt haben.

Welche Rolle haben Bilder für die politischen Systeme?

Hainzl: Das ist ein Thema, welches mich seit meiner Dissertation begleitet. Ich möchte Ihnen dazu ein Beispiel geben, da es gerade sehr aktuell ist: In Syrien gab es überall Statuen von Machthaber Hafiz al-Assad; das syrische Regime setzte stark auf die Kraft dieser Monumente, wie viele andere davor. Zu Beginn des Arabischen Frühlings wurden die Statuen im Zuge der Proteste zerstört. Das Regime reagierte damit, alle noch übrigen Monumente abzubauen und versteckt zu lagern. >>

Dabei sieht man die Bedeutung, die man diesen Monumenten zuerkennt. In der Wissenschaft ist dieses Phänomen als „unfallen statues“ bekannt, dazu gibt es weltweit Beispiele. Das Regime setzte bewusst auf Abbau, um Bilder der Zerstörung zu vermeiden. Nach dem Scheitern des Arabischen Frühlings in Syrien und nach dem Zusammenbruch des IS begann Baschar al-Assad, diese Monumente wieder aufzustellen. Jetzt, am 8. Dezember, sah man auf Bildern, dass diese zerstört wurden, sie sind „gefallen“. Hier sind nicht nur politische Zyklen gut ablesbar, sondern auch, welche Rolle visuelle Elemente einnehmen. Ich untersuche dann, wie solche politischen Momente in Kultur und Medien rezipiert werden.

Der französisch-libanesischer Künstler und Filmemacher Ali Cherri hat mehrere Arbeiten zu diesem Thema gemacht. Seine Arbeiten sind noch bis Ende Februar in der Wiener Secession zu sehen. Er setzt sich in seinem Werk mit den verschiedenen Formen von Konflikt und Gewalt auseinander. Ein wichtiges Element seiner Arbeit ist die Dekonstruktion von Narrativen. Dabei geht es um Fragen wie etwa: Welche Bedeutung haben Bilder und Monumente für politische Systeme? Wie „konsumieren“ wir visuell Gewalt und wie ändert sich dadurch unsere Wahrnehmung von Konflikten?

Visual Literacy ist ebenfalls ein wichtiger Punkt in Ihrer Arbeit. Was bedeutet das?

Hainzl: In einer großen quantitativen Erhebung unter tausend Personen haben mein Kollege Adrian Praschl-Bichler und ich uns im Vorjahr angeschaut, inwieweit antisemitische und antimuslimische Karikaturen in Tageszeitungen oder im Internet als solche erkannt werden. Das ist in den seltensten Fällen so! Nur: Je mehr zusätzliche Informationen die Befragten hatten – wir hatten eine Gruppe, die Kontextualisierungen bekam –, umso eher erkannten sie die Stereotypisierungen.

Was antisemitische oder neonazistische Gruppierungen ausnützen, um in ihren Codes verdeckt zu kommunizieren.

Hainzl: Genau. Wir hatten auch dieses Bild der Facebook-Krake mit der angeblich „typisch jüdischen“ Nase. Solche klassischen Stereotypisierungen werden von Älteren,

die mit antisemitischen Vorurteilen vielleicht noch eher vertraut sind, häufiger erkannt – in der breiten Bevölkerung ist das nicht mehr so. Das hat einen Vorteil und einen Nachteil. Der Vorteil ist, es lassen sich Bilder neu besetzen. Der Nachteil ist, stereotype Darstellungen bleiben unentdeckt.

Die Quintessenz der Studie war: Visual Literacy fehlt, um problematische Darstellungen tatsächlich zu erkennen. Aufgrund der sozialen Medien, wo alles sehr schnell geteilt wird, ist das generell eine brisante Situation.

Welche Maßnahmen könnten die Visual Literacy der Menschen verbessern?

Hainzl: In erster Linie sind das natürlich Bildung und Austausch mit anderen Ländern und Kulturen. Meiner Erfahrung nach hilft es sehr, wenn sich Medien eines Themas annehmen. Das Verpacken einer Thematik in eine Filmgeschichte funktioniert meist auch recht gut.

In dem Buch „Perspektiven des Zusammenlebens“ weisen Sie auf den Einfluss unserer Sinneswahrnehmungen auf Alltag und Miteinander hin. Wird auch Demokratie subjektiv wahrgenommen?

Hainzl: Ganz sicher! Weil wir uns gar nicht davon befreien können. Wir haben natürlich ein normatives System mit Rechtsvorgaben, um eine Linie zu schaffen. Aber die Wahrnehmung von Darstellungen oder wie wir etwas rezipieren, das ist immer subjektiv.

Wir hatten jüngst eine Besprechung zu einer Konferenz über Neutralität. Können wir Wissenschaftler_innen überhaupt neutral sein in allem, was wir präsentieren? Ich glaube, dass unsere Einstellungen und die kulturellen Hintergründe immer eine große Rolle spielen, wie wir Narrative wahrnehmen – je nachdem, was wir gewohnt sind und womit wir aufgewachsen sind.

Sie haben die Kontextualisierung in Ihrer Forschung hervorgehoben. Sollten vor diesem Hintergrund wissenschaftliche Erkenntnisse von Regierungen stärker genutzt und umgesetzt werden?

Hainzl: Das glaube ich schon. Es wird sich automatisch ergeben, dass man politische Entscheidungen verstärkt auf Forschungsergebnissen aufbauen muss. Weil man gar



nicht mehr anders kann. Die großen Entscheidungen, vor denen wir stehen, gehen eigentlich über die nationalen Grenzen hinaus, und da braucht man die wissenschaftlichen Erkenntnisse. Das Zweite, und das ist mir ein großes Anliegen, ist, dass wir den Austausch zwischen Wissenschaft und politischen Stakeholdern fördern – da sehe ich auf beiden Seiten Nachholbedarf.

Auch bei der Kommunikation?

Hainzl: Ja! Hier passiert schon sehr viel an den Unis, zusammengefasst unter der Third Mission. Aber man kann es noch genauer angehen, spezialisiert auf einzelne Fachbereiche. Da sind uns die Universitäten im angloamerikanischen Raum voraus. Und auf der anderen Seite sollte in der Politik noch mehr Verständnis für Wissenschaft entwickelt werden.

Was haben die Menschen, die Wähler_innen von Ihren Forschungsergebnissen? Wie profitieren sie, wie profitiert die Demokratie davon?

Hainzl: Ich arbeite ja sehr stark transdisziplinär und versuche, Kultur, Institutionen mit der Wissenschaft zusammenzubringen, was oft sehr spannende Ergebnisse bringt. Ein Beispiel: Im Rahmen der Kooperation mit dem Institut für den Donauraum und Mitteleuropa beschäftigen wir uns mit dem Thema „Grenzen“. Wir sehen uns dabei den Begriff aus einer übergreifenden Pers-

pektive an. So etwa meint der Begriff im politischen Diskurs etwas anderes als im kultur- oder auch naturwissenschaftlichen Diskurs. Es ist ein fluider Begriff. In einem ersten Teil im November 2024 haben wir uns mit dem Begriff und dessen Bedeutung für Populismus, Migration, aber auch Klimapolitik auseinandergesetzt, der zweite Teil im Juni 2025 blickt auf Grenzen in Kulturräumen und diskutiert, welche Veränderungen sich dabei für Identitäten bei der jeweiligen Bevölkerung ergeben. Auch die daraus resultierenden Konflikte sollen Eingang finden.

Man kann also von transdisziplinärer Forschung profitieren, weil sie einen Perspektivenwechsel auf Demokratie ermöglicht – und dadurch beginnen, bestehende Narrative und bestehende Normen zu hinterfragen. Nicht unbedingt, weil sie schlecht wären. Sondern um sich in einer Demokratie zu fragen: Ist das denn wirklich so und gibt es da vielleicht etwas, das ich viel zu wenig beachte? Demokratie steht für Meinungsvielfalt und Schutz von Minderheiten, das tritt oft in den Hintergrund. Außerdem bringt dieser transdisziplinäre Zugang einen Austausch.

Ist es dieser Austausch, der für den sozialen Kitt sorgt, der uns als Gesellschaft zusammenhält?

Hainzl: Das wäre wünschenswert, vor allem wenn es die Toleranz für anderes stärkt. ■

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Christina Hainzl leitet an der Universität für Weiterbildung Krems das Research Lab Democracy and Society in Transition – Plattform für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Die Historikerin und Kulturwissenschaftlerin beschäftigt sich mit den Übergängen und Wechselwirkungen von Demokratie, Gesellschaft und Kunst und vertritt die Universität in der European Science Diplomacy Alliance.



Christina Hainzl (Hrsg.)
Perspektiven des Zusammenlebens – Zur Demokratie
Bibliothek der Provinz, 2023

OBJEKTE DER DEMOKRATIE



Hannah Arendt, 1963: On Revolution (Über die Revolution)

Von der Politischen Theorie, über die Philosophie bis hin zur Soziologie und der Sozialanthropologie wird die Frage nach der Ausgestaltung des Zusammenlebens immer wieder neu aufgeworfen und die Rolle der Demokratie darin beleuchtet. Der Diskurs über die Demokratie wird selbst Objekt der Demokratie. Stellvertretend für die vielen markanten Beiträge steht das Werk „Über die Revolution“ von Hannah Arendt (1906–1975). Sie befasst sich darin u. a. mit den aus den Revolutionen entstandenen Gesellschaften, die oftmals den demokratischen Ansprüchen der Revoltierenden nicht genügen.

Der Preis der Zurückhaltung

Wie geht man im Journalismus mit unhaltbaren Behauptungen um? Zu oft werden sie als gleichwertig neben überprüfbaren Tatsachen präsentiert. Dafür hat sich der Begriff „false balancing“ eingebürgert. Eine bedenkliche Entwicklung.

Von Wolfgang Rössler

W

ie Abermillionen andere Menschen auf der ganzen Welt klebte auch der Journalist Michael Nikbakhsh am späten Nachmittag des 20. Jänner vor dem Fernseher, um die Amtseinführung des neuen US-Präsidenten zu verfolgen. Er war live dabei, als Donald Trump Massendeportationen ankündigte und bekräftigte, dass er das rohstoffreiche Grönland unter amerikanischer Flagge eingemeinden möchte. Dann wurde ein Auftritt von Elon Musk übertragen, dem offiziell reichsten Mann der Welt, der nun für Trump die US-Verwaltung umkrepeln möchte. Während seiner Rede schlug sich Musk erst mit der rechten Hand aufs Herz, dann streckte er sie zackig nach oben. Nikbakhsh, der nebenbei mit einem Freund und

Kollegen chattete, war entsetzt. „Musk hat gerade den Hitlergruß gemacht“, tippte er.

Bald darauf kam eine Antwort. So kategorisch könne man das nicht sagen, es sei eine hitlergrußähnliche Geste gewesen. Man müsse den Kontext beachten. Vielleicht fehle ja dem in den USA lebenden, gebürtigen Südafrikaner Musk das tiefere Verständnis für die historische Bedeutung eines zackig emporgereckten Arms. Und müsse man nicht in Betracht ziehen, dass Musk an einer milden Form von Autismus leide? Womöglich habe er bloß seiner Begeisterung mit einer tollpatschigen Geste Ausdruck verleihen wollen.

Der Kollege war mit dieser Einschätzung nicht allein: Die meisten großen Zeitungen und TV-Sender auf der ganzen Welt blieben zurückhaltend, die Aktion sei „miss- ➤



**MICHAEL
NIKBAKSH**

Michael Nikbaksh ist Investigativ-Journalist und Host sowie Produzent des Politik-Podcasts „Die Dunkelkammer“. Davor war er viele Jahre als Reporter für das Nachrichtenmagazin „profil“ tätig.



PETER FILZMAIER

Der Politikwissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier ist an der Universität für Weiterbildung Krems sowie an der Karl-Franzens-Universität Graz tätig. Daneben ist er geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA).

verständlich“ gewesen. Missverständlich? „Wenn ein intelligenter, gebildeter Mensch im 21. Jahrhundert öffentlich die rechte Hand nach oben streckt, dann weiß er, was das ist. Ein „Hitlergruß“, sagt Nikbaksh. Und genau so sei das auch journalistisch zu bewerten.

„Wenn es aussieht wie eine Ente, schwimmt wie eine Ente und quakt wie eine Ente, dann ist es eine Ente.“

Michael Nikbaksh

Sagen, was Sache ist

Zugegeben: Niemand außer Musk weiß mit Sicherheit, was der eigensinnige Multimilliardär – der laut eigenen Angaben ein Faible für die Partydroge Ketamin hat – in diesem Augenblick wirklich ausdrücken wollte. War es eine von langer Hand geplante Provokation? Ein spontaner Einfall? Sind ihm die Pferde durchgegangen? Da bleibt allerhand im Unklaren. Aber dass Musk den Hitlergruß nicht kannte, darf ausgeschlossen werden. Für Nikbaksh steht außer Frage: Musk wusste, was er tut. „Wenn es aussieht wie eine Ente, schwimmt wie eine Ente und quakt wie eine Ente, dann ist es eine Ente“, sagt Nikbaksh. Und es sei die Aufgabe von Journalistinnen und Journalisten, zu sagen, was Sache ist.

Warum aber schrecken so viele davor zurück? Vielleicht, meint Nikbaksh, weil Medienleute im Zweifel mit ihrer Einschätzung lieber auf der sicheren Seite bleiben. Weil man sich ungern aus der Deckung

wagt, wenn alle anderen zurückhaltend bleiben. „Der Herdentrieb wird zunehmend zu einem Problem im Journalismus“, sagt Nikbaksh.

Der Aufdeckerjournalist war einmal eine Reporterlegende beim Wochenmagazin „profil“, einige Jahre sogar stellvertretender Chefredakteur. Vor zwei Jahren hat er sich völlig neu aufgestellt und den Investigativpodcast „Die Dunkelkammer“ ins Leben gerufen. Dort nimmt er sich Zeit für lange Gespräche, mitunter auch recht kontroverse Gespräche mit seinen Gästen. Nikbaksh will wissen, was wirklich Sache ist. Er glaubt: Wer in der Berichterstattung zu heiklen Themen unterschiedliche Wahrheiten einfach ungeprüft nebeneinanderstellt, macht es sich zu einfach.

Falsch gewichtet

Erst recht, wenn dann wissenschaftlich fundierte, mehrfach extern überprüfte Erkenntnisse neben pseudoakademisch begründeten Argumenten stehen. Peer-Review, Quellenangaben, Auftraggeber und nicht zuletzt die Art der Publikation machen den Unterschied. Am Beispiel menschengemachter Klimawandel: Eine unlängst publizierte Untersuchung von Forscherinnen und Forschern der Universität Graz hat ergeben, dass in Zukunft noch weitaus schlimmere Hitzewellen drohen als bisher vermutet. Das ist eine vertrauenswürdige Quelle. Wenn hingegen die „Heartland Foundation“ – ein US-Thinktank, der großzügige Spenden von Mineralölkonzernen wie ExxonMobil entgegennimmt – auf ihrer Website ein dürres Thesenpapier veröffentlicht, wonach die Kohlenstoffdioxid-Emissionen der Produzenten fossiler Energieträger im Hinblick auf die Erderwärmung kaum der Rede wert seien, ist hingegen Misstrauen anzeigt. Wer beide Quellen in einem journalistischen Bericht als gleichwertig präsentiert, tappt in eine Falle, für die sich in den letzten Jahren der Begriff „false balancing“ durchgesetzt hat. Falsche Ausgewogenheit also.

Die Verbindungen der „Heartland Foundation“ zur Mineralölindustrie lassen sich

* <https://doi.org/10.1038/s41467-025-56109-0>

leicht belegen. Ebenso ihre engen Bande zu rechten und rechtsextremen Bewegungen, die den Klimawandel schlicht leugnen. Aber das erfordert zusätzliche Recherche, und dafür fehlen in vielen Redaktionen Ressourcen – vor allem wenn es darum geht, eine Story vor allen anderen zu veröffentlichen. „Es gibt da einen von den sozialen Medien getriebenen Schnelligkeitswahn“, sagt Josef Seethaler vom Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Universität Klagenfurt. „Da fehlen oft Zeit und Recherchemöglichkeiten.“

„Es gibt einen von den sozialen Medien getriebenen Schnelligkeitswahn. Da fehlen oft Zeit und Recherchemöglichkeiten.“

Josef Seethaler

Grenzen der Meinungsfreiheit

„Scheinobjektivität“ nennt der auch an der Universität für Weiterbildung Krems lehrende Politikwissenschaftler Peter Filzmaier diese Gleichsetzung unterschiedlich seriöser Quellen. Und auch er hält das für höchst bedenklich. Nicht nur in Fragen der Wissenschaft, sondern auch in der politischen Debatte. Selbstverständlich sei es die Aufgabe von Journalistinnen und Journalisten, unterschiedliche Positionen zu einem Thema abzubilden. Sollten Vermögende stärker besteuert werden? Braucht es eine Reform des föderalistischen Systems? Wie viel Migration verträgt ein Land wie Österreich? Darüber

lässt sich trefflich streiten und die unterschiedlichen Meinungen dazu beleben den öffentlichen Diskurs. Die Meinungsfreiheit habe aber Grenzen. Manche davon sind im Strafgesetz ausbuchstabiert, etwa, weil bestimmte Aussagen unter den Tatbestand der Verleumdung fallen. Aber auch nicht jede Aussage, die nicht strafbar sei, dürfe ohne Einordnung übernommen werden. Ein Beispiel? Filzmaier: „Bei einem Wahlkampf in Wien hat ein Spitzenkandidat einmal davon gesprochen, dass Ausländer die Maul- und Klauenseuche haben. Weil sie erst maulen und dann klauen.“ Wer ein solches Zitat als legitime Zuspitzung im Wahlkampf einordne, mache einen groben Fehler. „Das ist objektiv Rassismus“, sagt Filzmaier. Das auszusprechen gehöre zu den Aufgaben von Journalistinnen und Journalisten. Nicht zuletzt deshalb, weil solche Tabubrüche in aller Regel nicht zufällig geschehen.

Die gezielte Grenzüberschreitung ist Teil des populistischen Werkzeugkoffers, ebenso wie das Schüren von Zweifeln an wissenschaftlichen Erkenntnissen, der Rechtsstaatlichkeit, den Menschenrechten oder der rhetorische Kniff des Whataboutism. Whataboutism? „Wenn man etwa gröbere Verstöße gegen die Demokratie damit rechtfertigt, dass es schon Schlimmeres gab“, sagt Filzmaier. Bedenkliche Entwicklungen werden nicht geleugnet, sie werden bloß professionell heruntergespielt.

Und dies in den meisten Fällen nicht ohne Grund. Populistische und potenziell demokratiefeindliche Bewegungen kalkulieren mit den Zwängen des journalistischen Alltags. Sie wissen, dass Zeit in vielen Redaktionen ein knappes Gut ist, das Geld für Recherchen knapp und die Sorge um den Arbeitsplatz ein ständiger Begleiter vieler Journalist_innen. Da ist die Verlockung groß, sich auf eine scheinbar sichere Position zurückzuziehen und von einer „umstrittenen Aussage“ zu sprechen – statt die Unwahrheit klar zu benennen. Der Preis dieser Zurückhaltung ist hoch. Denn wenn der Journalismus aufgibt, sich der Wahrheit so gut wie nur irgendwie möglich zu nähern, verliert er auf lange Sicht seine Existenzberechtigung. ■

Wolfgang Rössler schreibt regelmäßig für „Datum“ und „Wiener Zeitung“



JOSEF SEETHALER

Dr. Josef Seethaler forscht am Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Universität Klagenfurt und der Akademie der Österreichischen Wissenschaften. Er leitet als Senior Scientist die Forschungsgruppe „Media, Politics & Democracy“.

Wissenschaft, ganz diplomatisch

Seit 2022 ist die Universität für Weiterbildung Krems Teil eines bedeutenden Netzwerks: der EU Science Diplomacy Alliance. Wissenschaftsdiplomatie soll auf europäischer und internationaler Ebene forciert und weiterentwickelt werden.

Von Sophie Hanak

Die EU Science Diplomacy Alliance ist eine gemeinsame Initiative, die von den Horizon-2020-Projekten zur Wissenschaftsdiplomatie S4D4C, InsSciDE und EL-CSID ins Leben gerufen wurde. Ziel war, die Netzwerke, die Wirkung und die Dynamik, die durch die drei Projekte gefestigt wurden, aufrechtzuerhalten und auszubauen. Die Alliance setzt sich dafür ein, den Dialog zur Wissenschaftsdiplomatie innerhalb der EU fortzuführen und neue Chancen zur Weiterentwicklung von Theorie und Praxis zu schaffen.

Ein wichtiger Aspekt der Arbeit der Allianz ist die Vernetzung von Akteur_innen aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Dies geschieht durch regelmäßige Veranstaltungen, Workshops und Konferenzen. Dabei werden Menschen aus unterschiedlichen Bereichen zusammengeführt, um voneinander zu lernen und Synergien zu schaffen. Die Wissenschaft kann als Brückenbauerin fungieren und den Dialog zwischen

verschiedenen Ländern und Kulturen unterstützen.

„Science Diplomacy ist in den vergangenen fünf bis zehn Jahren zu einem zentralen Thema geworden, weil Entscheidungen in Wirtschaft, Politik und Gesundheit zunehmend wissenschaftsbasiert sind“, erklärt Christina Hainzl von der Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Universität für Weiterbildung Krems. „Die Lösungen für die meisten globalen Herausforderungen resultieren aus Forschungsergebnissen, die über nationale Grenzen hinausgehen. Oft sind sie das Produkt internationaler Forschungs Kooperationen.“

Drei Säulen der Science Diplomacy

Science Diplomacy lässt sich in drei Bereiche unterteilen. Erstens die Science for Diplomacy: Hier fließen die wissenschaftlichen Erkenntnisse in politische Entscheidungsprozesse ein. Zweitens Science in Diplomacy, wo Wissenschaft als politisches Werk-

zeug genutzt wird. „Ein gutes Beispiel dafür ist die Kairo-Rede von Barack Obama, in der er betonte, dass Wissenschaft eine Brücke zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Ägypten sein kann“, erläutert Hainzl. Drittens Diplomacy for Science, wo diplomatische Beziehungen genutzt werden, um wissenschaftliche Kooperationen zu fördern. Die Forschungs Kooperation CERN ist hierfür ein anschauliches Beispiel.

Derzeit liegt der Schwerpunkt des Netzwerks auf der Zusammenarbeit mit dem globalen Süden und der Förderung akademischer Meinungsfreiheit.

Science Diplomacy und Humanities

Hainzl befasst sich vor allem mit der Verbindung von Science Diplomacy und Kulturwissenschaften. „Gemeinsam mit einem Kollegen von der Freien Universität Brüssel arbeite ich an diesem Thema. Wir teilen beide einen Hintergrund in diesem Bereich und finden es aus außenpolitischer Sicht besonders spannend“, sagt sie. Dabei geht es nicht nur um die Restaurierung zerstörten Kulturguts, sondern auch um identitätspolitische Fragen wie etwa: „Welche Rolle nehmen kulturelles Erbe, Identität und die aktuelle (politische) Kultur in den transnationalen wissenschaftlichen Beziehungen ein?“

Erst kürzlich organisierte Hainzl gemeinsam mit Eric Piaget von der Freien Universität Brüssel eine Diskussion zu Science Diplomacy und kulturellem Erbe im Rahmen der UNESCO Cultural Week in Brüssel. „Wir hatten Vertreter aus dem Kulturgüter-schutz und der UNESCO eingeladen, um zu diskutieren, wie Wissenschaft und Diplomatie sich verstärkt einbringen können. Als

Best-Practice-Beispiel stellte Prof. Van Balen (KU Leuven) seine Arbeit in Südamerika vor, wo die wissenschaftliche Zusammenarbeit auch zu einer erfolgreichen Einbindung der regionalen Bevölkerung führte, die nun auch wirtschaftlich und kulturell nachhaltig davon profitiert.“

Weiterbildung und Herausforderungen

Ein weiteres Ziel ist die Entwicklung von Kurztrainingsprogrammen. „Wir überlegen, ein Angebot für Menschen aus Diplomatie, Wirtschaft und Studium zu schaffen, um ihnen ein besseres Verständnis für Science Diplomacy zu vermitteln“, sagt Hainzl. „Das ist mir persönlich sehr wichtig, denn der Begriff klingt oft so, als ginge es ausschließlich um Diplomatie. Tatsächlich spielen aber auch wirtschaftliche Beziehungen und Kenntnisse anderer Länder eine große Rolle.“

Hainzl beschreibt die Herausforderungen ihrer Arbeit: „Die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Diplomatie sollte auf beiden Seiten besser bewältigt werden. Es braucht ein größeres Verständnis für Wissenschaft seitens der Diplomaten_innen und umgekehrt.“ Zukünftig sei es wichtig, das Bewusstsein in der diplomatischen Gemeinschaft für wissenschaftliche Fragen zu schärfen.

„Für mich ist es eine spannende Aufgabe, diese Brücken zu bauen. Ich nehme an Treffen teil, halte Podiumsdiskussionen und vertrete die Universität Krems in diesem internationalen Netzwerk“, resümiert Hainzl. Mit ihrer Arbeit trägt sie dazu bei, dass Wissenschaft und Diplomatie Hand in Hand gehen und gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimawandel, Gesundheit, Sicherheit und technologische Innovation durch diese Initiative angegangen werden können. ■



CHRISTINA HAINZL

Mag. Dr. in Christina Hainzl leitet das Research Lab Democracy and Society in Transition – Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs). Christina Hainzl hat Zeitgeschichte, Kunstgeschichte und Politische Kommunikation studiert und war bis 2010 als Kuratorin tätig, u. a. für das Lentos Kunstmuseum.

Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs)

Die 2023 gegründete Plattform soll die nachhaltige Entwicklung der Universität für Weiterbildung Krems sowie die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen auf drei Ebenen unterstützen: Forschung und Kooperationen, Lehre sowie die Beteiligung an UniNETZ, Allianz nachhaltige Universitäten und Climate Change Center Austria, sowie inneruniversitäre nachhaltige Entwicklung durch das Sustainability Office.

www.science-diplomacy.eu

Wie Regionen zur EU beitragen

*In ihren umfangreichen Forschungsprojekten beschäftigt sich die Soziologin **Elisabeth Donat** unter anderem intensiv mit Europapolitik und der Rolle von Regionen im EU-Mehrebenensystem, aber auch mit Themen wie Bürgernähe und politisches Vertrauen.*

Von Ilse Königstetter

*Dr.ⁱⁿ **Elisabeth Donat** ist assoziierte Professorin für Empirische Demokratieforschung an der Universität für Weiterbildung Krems und stellvertretende Leiterin des Departments für Europapolitik und Demokratieforschung. Donat studierte Soziologie an der Universität Wien und promovierte 2008 zum Dr. rer. soc. oec. an der Technischen Universität Wien. Von 2002 bis 2005 war sie Studienassistentin, Tutorin und Forschungsassistentin am Institut für Soziologie an der Universität Wien und danach bis 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Department für Wirtschafts- und Managementwissenschaften an der Universität für Weiterbildung Krems. Von 2008 bis 2022 fungierte Donat als leitende Forscherin an den Universitäten in Innsbruck und Salzburg, sowie als Dozentin am Institut für Soziologie in Wien.*

Das Erkenntnisinteresse, wie Gesellschaft funktioniert und wie man gesellschaftliche Zusammenhänge messbar machen kann, ist ein wesentlicher Antrieb für die Forschungsarbeiten von Elisabeth Donat. Dass sie sich nach der Matura für ein Soziologiestudium an der Universität Wien entschied, erwies sich als gute Wahl: „Vor allem im ersten Studienabschnitt war die Soziologie breit aufgestellt, interdisziplinär, und ermöglichte einen ganzheitlichen Blick, der mir jetzt sehr zugutekommt.“ 2004 schloss die Wienerin mit einer Diplomarbeit zum Thema „Lebensqualität älterer Menschen in benachteiligter Umgebung“ ab, 2008 promovierte sie an der Technischen Universität Wien mit einer Dissertation über „Entscheidende Faktoren für die digitale Kluft – eine Tiefenanalyse“. Parallel zum Studium arbeitete Elisabeth Donat als Studienassistentin, Tutorin und Forschungsassistentin am Institut für Soziologie an der Universität Wien und wechselte 2006 erstmals an die Universität für Weiterbildung Krems. Die Funktion als leitende Forscherin führte sie in den Folgejahren an die Universitäten in Innsbruck und Salzburg sowie als Dozentin an das Institut für Soziologie in Wien. 2016 wechselte sie erneut an die Universität für Weiterbildung Krems und bekleidet dort bis heute die Funktion der stellvertretenden Departmentleiterin und Dozentin.

EU-Politik braucht die Regionen

Arbeiten auf internationaler Ebene ist für Elisabeth Donat eine Selbstverständlichkeit und speziell beim Thema Europapolitik ohnehin Voraussetzung. „Wenn ich morgens meinen Computer einschalte, bin ich nicht mehr in Krems, sondern sofort im europäischen Netzwerk“, berichtet die Wissenschaftlerin. Dieses zu pflegen und ständig auszubauen, ist ihr ein wichtiges Anliegen: „Ich bin sehr proaktiv und baue Kontakte auf, etwa auch in den osteuropäischen Raum.“ In ihren Forschungsprojekten arbeitet sie bevorzugt inter- und transdisziplinär und beschäftigt sich auch intensiv mit der Rolle von Regionen im EU-Mehrebenensystem.

So leitete und koordinierte Elisabeth Donat die empirische Forschung des Projektes REGIOPARL, das sich mit der Rolle von Regionen und regionalen Parlamenten in der EU befasste. In diesem internationalen Projekt – die Forschungen fanden in Österreich, Deutschland, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien, Polen und Tschechien statt – wurde unter anderem den Fragen nachgegangen, welche Rolle Regionen wie die österreichischen oder deutschen Bundesländer bei der Mitgestaltung europäischer Politik spielen. Oder wie die Abgeordneten ihre eigene Rolle im EU-Mehrebenensystem bewerten. Den wenigsten Bürger_innen ist bewusst, dass die Mehrheit der Gesetze vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene umgesetzt werden. Ohne Mitwirkung der Regionen könnte EU-Politik gar nicht realisiert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Regionen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich sind. In manchen können politische Entscheidungen getroffen werden, andere sind nur Verwaltungsgebiete ohne Entscheidungsbefugnis. Was hingegen alle eint, ist das Betroffensein von Entscheidungen auf der nationalen und der europäischen Ebene. Donat: „Die Herausforderung für Regionen besteht darin, dass sie nur bedingt in die Entscheidungsstrukturen der EU eingebunden sind und daher nur über sehr eingeschränkte Möglichkeiten verfügen, im europäischen Gefüge aktiv zu sein.“ Dass sich das auf die Motivation, sich zu engagieren, dämpfend auswirkt, liegt auf der Hand. Dennoch zeigen Beispiele wie jenes des Parlaments der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, wie sehr Regionen durch grenzüberschreitende Kooperationen – entstanden aus der Notwendigkeit, als kleine Region Chancen zu nutzen – letztendlich profitieren können.

Repräsentant_innen erwünscht

Politisches Vertrauen auf einer Ebene wie der lokalen, regionalen oder nationalen kann jedoch nicht automatisch auf andere Ebenen – wie die europäische – übertragen werden. Das hat Donat gemeinsam mit ihrem deutschen Kollegen Simon Lenhart von der FernUniversität Hagen in einem For-



Fotos: © Walter Skokanitsch

schungsbeitrag zum Thema „Bürgernähe als Quelle für politische Vertrauen“ herausgefunden. Und auch, dass persönlicher Kontakt nicht unbedingt der Schlüssel sein muss, um Vertrauen zu generieren. „Wenn die Bürger_innen das Gefühl haben, sie werden in der EU von Expert_innen vertreten, die – etwa auf der Basis sozialwissenschaftlicher Daten oder Forschung – über ihre Lebensumstände Bescheid wissen, ist auch ihr Vertrauen verhältnismäßig groß“, fasst Donat zusammen. Bürger_innen wollen in der Regel nicht selbst aktiv werden, sondern wünschen sich Repräsentant_innen, die sie gut vertreten. Die aktuellen Forschungen zur direkten Demokratie zeigen, dass viele Menschen diese repräsentative Demokratie wollen und unterstützen. Partizipationsmöglichkeiten auszuweiten stellt weiterhin eine wichtige Säule der Demokratie dar, vielen Menschen kommt aber zusätzlich das Modell der repräsentativen Demokratie als grundsätzlich effiziente Möglichkeit des Entscheidens und Regierens sehr entgegen.

Viel Raum für weitere Forschungen

Für die Wissenschaftlerin steht fest, dass sich die regionale Ebene als guter Ausgangspunkt für Forschungen zur EU anbietet. „Durch die Beschäftigung mit den Regionen kann man viel darüber erfahren, wie sich Kooperation gestaltet, wie es mit der Solidarität aussieht und auch welche Werte dahinterliegen“, sagt die Soziologin. Gleichzeitig werden zahlreiche neue Fragen aufgeworfen, die zu untersuchen sich lohnen würde, wie etwa: Welche Menschen werden Abgeordnete und sind bereit, sich für politische Themen einzusetzen? Was steht im Mittelpunkt ihres Interesses? Ist es das Bewahrende oder das Progressive? Und in welchem Verhältnis stehen diese beiden Werte zueinander? Was Elisabeth Donat besonders interessiert, ist, weiter am Verhältnis von Bürger_innen und ihren Repräsentant_innen zu arbeiten und die Rolle von Zukunftsvisionen zu erforschen, die grundlegend sind, damit eine Gemeinschaft proaktiver agieren kann. ■

Grundpfeiler Journalismus

Der Alumnus Michael Prock ist Journalist aus Leidenschaft, der sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist. Eine kritisch-reflektierende Berichterstattung und Rückgrat zu zeigen, sind dem Vorarlberger wichtig.

Von Ilse Königstetter

Schon in sehr jungen Jahren war Michael Prock ein begeisterter Fußballer. Seine sportlichen Eltern haben ihm und seinen beiden Brüdern die Freude an Bewegung vorgelebt. Nahezu logisch, dass der gebürtige Hohenemser nach der Grundschule zunächst die AHS und danach die Oberstufe des Sportgymnasiums in Dornbirn besuchte und dort auch maturierte. 2005 begann er ein Studium der Politikwissenschaften und Geschichte an der Universität Innsbruck, absolvierte parallel dazu verschiedene Praktika und landete 2011 schließlich im Journalismus. Dass er zunächst in der Sportredaktion der „Neuen Vorarlberger Tageszeitung“ tätig wurde, war bei seiner Interessenlage kein Zufall. 2013 reüssierte Prock dort zum Ressortleiter. 2014 wechselte er in die Politik- und Lokalredaktion der „Vorarlberger Nachrichten“, wo sich seine Schwerpunkte in Richtung kommunal-, landes- und innenpolitische Berichterstattung und Investigativ-

journalismus verschoben. Fast selbstverständlich, dass er dennoch den Sport dabei nicht ganz aus den Augen verlor. Im Herbst 2023 ging es nach einem Gastspiel im ORF-Landesstudio Vorarlberg, wo er vor allem über Landespolitik für Radio, TV und Online berichtete, wieder zurück zu den „Vorarlberger Nachrichten“, wo er jetzt das gesamte Politikressort leitet.

Mit aufrechter Haltung

Michael Prock liebt seinen Beruf und ist ein sensibler Beobachter von gesellschaftlichen Veränderungen. „Ich genieße die Recherche und dass man es in den Gesprächen durchwegs mit interessanten Menschen zu tun hat“, weiß er die Privilegien, die ihm sein Metier bietet, zu schätzen. „Politischer Journalismus ist einer der Grundpfeiler der Demokratie“, so Prock weiter, „und diese Verantwortung wahrzunehmen erfüllt einen schon auch mit Stolz.“ Zur Professionalität

gehört für ihn, Autoritäten auch mit weniger angenehmen Fragen zu konfrontieren. Dass in den letzten Jahren für viele Gesprächspartner_innen der Umgang mit kritischem Journalismus schwieriger geworden ist und manchmal versucht wird, Redaktionen „auszuhungern“, kann ihn von dieser Haltung nicht abbringen. Das hat ihm schon so manche Anerkennung eingebracht. So wurde er für seine kritisch-reflektierende Vorgehensweise vom Branchenmagazin „Der Österreichische Journalist“ als Lokaljournalist des Jahres 2019 für das Bundesland Vorarlberg ausgezeichnet.

Auf hohem Niveau

Dass Weiterbildung in diesem Beruf eine Selbstverständlichkeit sein muss, steht für Prock außer Frage. 2015 schloss er das Journalistenkolleg am KFJ in Salzburg ab, 2018 entschied er sich für das Masterstudium Politische Kommunikation an der Universität für Weiterbildung Krems. „Das war für mich die einzige Möglichkeit, berufsbegleitend zu studieren“, begründet er seine Wahl. Wie intensiv diese Zeit für ihn werden würde, konnte er zu Beginn des Studiums nicht ahnen. „Dank Corona verbrachte ich nach einem elf- oder zwölfstündigen Arbeitstag im Homeoffice in einer eher kleinen Wohnung die verbleibende Zeit damit, den Anforderungen des Studiums nachzukommen, eine Masterarbeit zu schreiben und meine neugeborene Tochter mit zu betreuen“, erinnert sich der 40-Jährige an diese besonders anstrengende Phase. Dennoch hat er die Entscheidung nicht bereut. Was ihm sehr gefallen hat, war die Zusammensetzung der Gruppe der Mitstudierenden. Denn: Anders als an den meisten anderen Universitäten kam der Großteil der Kommiliton_innen aus dem Berufsleben. „Viele von ihnen waren in ihren jeweiligen Bereichen bereits Expert_innen“, berichtet Prock. Dadurch entstand ein sehr intensiver und produktiver Austausch unter den Teilnehmenden, von dem alle profitieren konnten. Etliche Mitstudierende kamen aus der Politik oder einem der Politik nahestehenden Bereich. Prock: „Damit bekam ich auch eine interessante Sichtweise quasi auf die andere Seite.“ Vortragende aus den Bereichen Werbung, PR, den Kommunika-



tionswissenschaften, der politischen Kommunikation u. v. m. sorgten ebenfalls für ein sehr hohes Niveau des Lehrgangs. „Ich habe fast nur gute Erinnerungen daran“, fasst der Journalist zusammen, räumt aber ein, dass es immer auch auf die Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Einzelnen ankommt, wie viel man von dort mitnimmt. 2020 schloss Michael Prock den Lehrgang mit einer Masterthese zum Thema „Nähe und Distanz zwischen Politik und Journalismus“ mit Auszeichnung ab. Zusätzlich wurde ihm dafür der 3. Franz-Bogner-Wissenschaftspreis für Public Relations zuerkannt.

Sportlich mit Tochter

Seine Freizeit verbringt der engagierte Vater sehr gerne mit seiner inzwischen fünfjährigen Tochter Amelie. Im Sommer wandern die beiden in die Berge, im Winter laufen sie gemeinsam Ski. Auch dem Fußball hat Michael Prock keineswegs abgeschworen – diesem Hobby geht er nach wie vor zu jeder Jahreszeit nach. Alternativ dazu spielt er Squash. Wenn er es ruhig und entspannt angehen möchte, setzt er auf Lesen und Musikhören. Und wenn es Gelegenheit dazu gibt, besucht er dann und wann ein Musikfestival. ■

Michael Prock, MSc, geboren in Hohenems, ist seit September 2023 Leiter des Politikressorts der „Vorarlberger Nachrichten“ (VN). 2015 schloss er das Österreichische Journalistenkolleg des Kuratoriums für Journalistenausbildung Salzburg ab und 2020 den Universitätslehrgang Politische Kommunikation an der Universität für Weiterbildung Krems. Ab 2014 war er Ressortleiter der Sportredaktion der VN und 2022 bis 2023 Redakteur beim ORF Vorarlberg.

Campus Kreams

Universitätsleitung

Viktoria Weber wird Rektorin



Der Universitätsrat der Universität für Weiterbildung Kreams hat Viktoria Weber zur neuen Rektorin der Universität Kreams gewählt. Nach einem internationalen Auswahlverfahren hat der Senat dem Universitätsrat einen Dreivorschlag über-

mittelt, aus dem Viktoria Weber als Erstgereichte hervorging. Weber, aktuell Vizerektorin für Forschung und nachhaltige Entwicklung an der Universität für Weiterbildung Kreams, überzeugte den Universitätsrat mit ihrer Kompetenz und Erfahrung sowie ihren Vorstellungen zur zukünftigen Entwicklung der Universität. Die vierjährige Funktionsperiode beginnt am 1. August 2025. Sie folgt damit Rektor Friedrich Faulhammer nach, der bereits Anfang 2024 bekanntgab, für eine weitere, vierte Funktionsperiode nicht mehr zur Verfügung zu stehen.

Rahmenvertrag

Forschungskooperation abgeschlossen

Die seit geraumer Zeit in Lehre und Forschung bestehende Zusammenarbeit zwischen der Universität für Weiterbildung Kreams und dem Landesklinikum Baden-Mödling der Landesgesundheitsagentur Niederösterreich hat nun mit dem Abschluss eines Rahmenvertrags über die Forschungskooperation eine neue Grundlage erhalten. Der Vertrag ermöglicht eine noch schnellere Umsetzung von Projekten, die auf den Nutzen für Patient_innen zielen.

Neues Department

Sicherheitsforschung



Angesichts der wachsenden Herausforderungen durch Cybercrime, Bedrohungen kritischer Infrastrukturen, Terrorismus, Radikalisierung und Fake News gewinnen diese Themen auch in der Wissenschaft zunehmend an

Bedeutung. In diesem Kontext wurde das Zentrum für Sicherheitsforschung an der Universität für Weiterbildung Kreams mit Jänner 2025 zu einem Department weiterentwickelt. Das Department wird von Assoz. Prof. Mag. Dr. Walter Seböck, MAS MSc geleitet.



(v.l. n.r.): Dekan Univ.-Prof. Dr. Stefan Nebner, Matthias Burzler, NÖ LGA Leitung Department Forschung, Landesrat Ludwig Schleritzko, Vizerektorin Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Viktoria Weber, Univ.-Prof. Dr. Thomas Klestil



Universität mit dem Diversitas-Preis ausgezeichnet (v.l. n.r.): Friedrich Faulhammer, Rektor der Universität für Weiterbildung Kreams, Michaela Gindl, Leiterin der Stabsstelle für Gleichstellung, Gender und Diversität der Universität für Weiterbildung Kreams, Wissenschaftsminister Martin Polaschek

Verleihung des Sustainability Award (v.l. n.r.): Elmar Pichl, Sektionschef im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Cäcilia Regner, Jurymitglied, Ernst Furlinger und Sarah Haider-Nasb, Projektleitung des „Österreichischen Transformationsforums“ der Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Universität für Weiterbildung Kreams, Christian Holzer, Sektionschef im Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.



Auszeichnungen

Verleihung der Preise für Diversität und Nachhaltigkeit

Für ihr Karrierekonzept „Context Counts – Biografischer Hintergrund zählt“ erhielt die Universität für Weiterbildung Kreams im Dezember 2024 den Diversitas-Hauptpreis. Der Preis wird vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) für innovative, bereits implementierte Leistungen auf dem Gebiet des gleichstellungsorientierten Diversitätsmanagements verliehen. Ebenfalls vom Bildungsministerium gemeinsam mit dem Klimaministerium wird der Sustainability Award vergeben. Diese Auszeichnung in Gold in der Kategorie „Kooperieren“ ging Ende November an die Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Universität für Weiterbildung Kreams für das Projekt „1. Österreichisches Transformationsforum“.

Alumni-Club

Exklusiv für Club-Mitglieder

Stimm- und Sprechtraining mit Ingrid Amon



Der Alumni-Club lädt Club-Mitglieder herzlich zum exklusiven Workshop „Die Macht der Stimme“ mit der profilierten Stimmexpertin *Ingrid Amon* ein. In dem dreistündigen Workshop erfahren Sie, wie Sie in Gesprächen und vielfältigen Präsentationssituationen lenken, motivieren und überzeugen.

14. März 2025, Universität für Weiterbildung Krems, www.iamon.at

Expert Insights

Wie wir die Zeit empfinden

Warum vergeht die Zeit im Alter scheinbar schneller? Und warum dauert der Rückweg meist kürzer als der Hinweg? *Isabell Winkler*, Psychologin an der TU Chemnitz, gab am 23. Januar in einem aufschlussreichen Online-Vortrag Einblick in die Einflussfaktoren auf unser Zeitempfinden. Praktische Tipps, um das persönliche Zeitempfinden bewusster zu gestalten, rundeten den Vortrag ab.

Mehr dazu auf der Webpage des Alumni-Clubs unter News und Veranstaltungen.



Aviso Blue Hour

Zukunftsfähiges Wohnen:
Im Spannungsfeld von Mensch, Umweltschutz und Wirtschaft

13. März 2025

Architekturzentrum Wien
www.donau-uni.ac.at/alumni



Kunst und Kultur

Festival

Klangraum Krems Minoritenkirche

Festival Imago Dei



Imago Dei 2025 nimmt mit seinem Motto „Dunkle Engel und magische Zahlen“ zum einen stark auf den Raum der Minoritenkirche Bezug. Zum anderen liegt vielen Projekten die Atmosphäre der (vor-)österreichischen Zeit zugrunde, weit über die christliche Ideenwelt hinaus. 29. März bis 21. April 2025, www.klangraum.at/de/imago_dei

Tanz

Festspielhaus St. Pölten



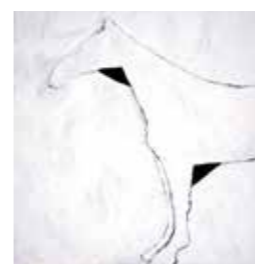
Jan Martens – Voice Noise

Schrill und hässlich: Geräusch, „Noise“. So wurden weibliche Stimmen in der Kulturgeschichte oft beschrieben und zum Schweigen gebracht. Jenen eine Stimme zu geben, die sonst oft nicht gehört werden, ist ein zentrales Thema im Schaffen des renommierten belgischen

Choreografen *Jan Martens*. Österreichpremiere – Festspielhaus-Koproduktion, 26. April 2025, 19.30 Uhr, www.festspielhaus.at

Kunst

Kunsthalle Krems



SW 95045 Algarve, 1974,
Courtesy Hall Art Foundation

Susan Rothenberg

Die Kunsthalle Krems präsentiert mit insgesamt 35 Arbeiten aus fünf Jahrzehnten die erste umfangreiche museale Ausstellung von Susan Rothenberg (*1945 in Buffalo, New York; †2020 in Galisteo, New Mexico) in Österreich. Die US-amerikanische Malerin gilt als führende Vertreterin des figurativen Neoexpressionismus.

5. April. bis 2. November 2025

www.kunsthalle.at

Konzert

Volkskultur Niederösterreich

Quetsch 'n' Vibes Harmonika trifft Vibraphon

15. Mai 2025, 19.30 Uhr
Haus der Regionen
www.volkskulturmoee.at



Konzert

Kino im Kesselhaus

Ernst Molden & das Frauenorchester

24. April 2025, 20.30 Uhr
www.kinoimkesselhaus.at

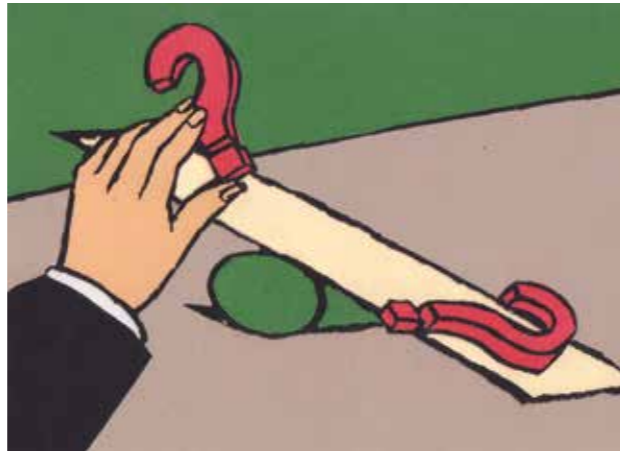


Vorschau 2.25

Schwerpunkt: Sicherheit & Risiko

Sicherheit geben

Sicherheit zählt seit jeher zu den Grundbedürfnissen des Menschen, sie ist eine zentrale Voraussetzung für Stabilität, das Funktionieren und Prosperieren jeder Gesellschaft, gerade in dynamischen Zeiten. Historisch betrachtet stand Sicherheit stets im Spannungsfeld zwischen Schutz und Freiheit – ein Spannungsverhältnis, das auch heute von zentraler Bedeutung ist und die Kernfragen aktueller Sicherheitsforschung prägt. Die nächste Ausgabe von „upgrade“ beleuchtet die vielen Facetten von Sicherheit in einer turbulenten Welt, von der Ebene der Information, der Versorgung mit Gütern und der öffentlichen Sicherheit bis hin zur Bekämpfung von Terrorismus und der rasant wachsenden Cyberkriminalität. Eine Konstante dabei: die Rolle der Technologie und ihre Transformation der Gesellschaft.



Impressum

upgrade

Das Magazin für Wissen und Weiterbildung der Universität für Weiterbildung Krems (ISSN 1862-4154)

Herausgeber

Rektorat der Universität für Weiterbildung Krems

Medieninhaber

Universität für Weiterbildung Krems
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30, A-3500 Krems

Chefredakteur

Mag. Stefan Sagl
Universität für Weiterbildung Krems
E-Mail: upgrade@donau-uni.ac.at

Verantwortlicher Redakteur

Dr. Roman Tronner
E-Mail: upgrade@donau-uni.ac.at

Autor_innen & Mitarbeiter_innen

Sophie Hanak, Heike Hausensteiner, Ilse Königstetter, Lukas Leuzinger, Jakob Pflügl, Robert Prazak, Georg Renner, Miguel de la Riva, Wolfgang Rössler, Eva-Maria Stöckler, Roman Tronner, Christian Ultsch, Christian Wigand

Layoutkonzept

ki 36, Sabine Krohberger

Grafik

buer08, Thomas Kussin

Schlusslektorat

Josef Weilguni

Fotostrecke

Idee und Konzept –
DLE Kommunikation und Wissenschaftsredaktion
Telefon: +43 (0)2732 893-2246
E-Mail: upgrade@donau-uni.ac.at

Herstellung

sandlerprint&more – SANDLER
Gesellschaft m.b.H. & Co. KG., A-3671 Marbach

Auflage: 17.500

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Ausgabe 2.25 erscheint im Frühjahr 2025

Disclaimer: Für die Richtigkeit der wiedergegebenen Inhalte und Standpunkte wird keine Gewähr übernommen.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, SANDLER Gesellschaft m.b.H. & Co. KG. UW-Nr. 750



FEST/SPIEL/HAUS/ ST/POELTEN/



11 MAI 2025

DIE 12 CELLISTEN DER BERLINER PHILHARMONIKER



09 MÄRZ 2025

**GAUTIER
CAPUÇON**

Beethoven/Brahms/Mendelssohn

© Felix Broede



11 APRIL 2025

**CHINA MOSES.
KEITH LOCKHART**

The Soul of Jazz

© Uwe Arens

© Sylvain Norget